



bmi.gv.at

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 419/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 419/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für LGBTIQ+-Maßnahmen für 2027 budgetiert (aufgeschlüsselt auf die einzelnen Maßnahmen)?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 11 „Inneres“ sind für das Jahr 2027 keine gesonderten Mittel für LGBTIQ+-Maßnahmen budgetiert.

Da es sich hierbei um eine Querschnittsmaterie handelt, wird diese von verschiedenen Organisationseinheiten des Ressorts behandelt. Ein allfälliger Sachaufwand wird aus dem Budget der jeweils betroffenen Fachabteilung des Bundesministeriums für Inneres bedeckt.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 420/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 420/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für LGBTIQ+-Maßnahmen für 2028 budgetiert (aufgeschlüsselt auf die einzelnen Maßnahmen)?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 11 „Inneres“ sind für das Jahr 2028 keine gesonderten Mittel für LGBTIQ+-Maßnahmen budgetiert.

Da es sich hierbei um eine Querschnittsmaterie handelt, wird diese von verschiedenen Organisationseinheiten des Ressorts behandelt. Ein allfälliger Sachaufwand wird aus dem Budget der jeweils betroffenen Fachabteilung des Bundesministeriums für Inneres bedeckt.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 421/JBA, 422/JBA, 423/JBA und 424/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 421/JBA

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für „Gleichstellung und Frauenförderung“ für 2027 budgetiert?“

Frage 422/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für „Gleichstellung und Frauenförderung“ für 2028 budgetiert?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für den Bereich „Gleichstellung und Frauenförderung“ sind keine gesonderten Mittel budgetiert. Etwaige Bedarfe in diesem Bereich werden durch allgemeine Budgetmittel mitbedeckt.

Frage 423/JBA

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für echte Frauenförderung (insb. Kinderbetreuung, Wiedereinsteigerinnen, Weiterbildungen, etc.) für 2027 budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für echte Frauenförderung wurden in Bezug auf den Bereich Kinderbetreuung für das Jahr 2027 EUR 8.800 budgetiert. Dieser Betrag bezieht sich auf die bevorstehende Sommerferienbetreuung. Für die Bereiche Wiedereinstieg, Weiterbildungen, etc. sind keine gesonderten Mittel budgetiert. Etwaige Bedarfe in diesem Bereich werden durch allgemeine Budgetmittel mitbedeckt.

Frage 424/JBA

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für echte Frauenförderung (insb. Kinderbetreuung, Wiedereinsteigerinnen, Weiterbildungen, etc.) für 2028 budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für 2028 wurde für echte Frauenförderung in Bezug auf den Bereich Kinderbetreuung noch keine gesonderte Budgetierung vorgenommen. Die Kinderbetreuungskosten hängen von der Anzahl der zu betreuenden Kindern ab. Für die Bereiche Wiedereinstieg, Weiterbildungen, etc. sind keine gesonderten Mittel budgetiert. Etwaige Bedarfe in diesem Bereich werden durch allgemeine Budgetmittel mitbedeckt.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 425/JBA und 426/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 425/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten Einsparungen sind in Ihrem Ressort im Jahr 2027 geplant, aufgegliedert auf die jeweiligen Maßnahmen?“

Frage 426/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten Einsparungen sind in Ihrem Ressort im Jahr 2028 geplant, aufgegliedert auf die jeweiligen Maßnahmen?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Das Bundesministerium für Inneres verpflichtet sich, in der UG 11 „Inneres“ im Jahr 2027 mit rd. 115,9 Mio. EUR und im Jahr 2028 mit rd. 139,1 Mio. EUR zur Konsolidierung beizutragen. Um dieses Volumen sicherzustellen, werden, unbeschadet der Gewährleistung der inneren Sicherheit, unter anderem folgende Maßnahmen gesetzt:

- Effizienzsteigerung durch optimierte Dienstplanung

- Evaluierung der Arbeitsplätze im Bereich der allgemeinen Verwaltung mit dem Ziel der Strukturbereinigung
- Reduktion von Dienstreisen
- Kürzungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit
- Evaluierung des Fuhrparks mit dem Ziel der Effizienzsteigerung
- Kürzungen bei Förderungen und freiwilligen Leistungen

Zusätzlich werden im Jahr 2027 rd. 0,4 Mio. EUR und im Jahr 2028 rd. 0,7 Mio. EUR zum Konsolidierungsvolumen der Fördertaskforce beigetragen. Um dieses Volumen sicherzustellen werden nationale Förderungen reduziert.

Ergänzend dazu werden im Jahr 2027 und im Jahr 2028 rd. 0,1 Mio. EUR zum Konsolidierungsvolumen der Beteiligungstaskforce beigetragen. Um dieses Volumen sicherzustellen werden die Basisabteilungen an die Bundesanstalt Mauthausen Memorial reduziert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 427/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 427/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Beschaffungen sind für das Jahr 2027 eingeplant, aufgegliedert auf die einzelnen Beschaffungsvorgänge mit den veranschlagten Kosten?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die gesamten Sachauszahlungen der UG 11 „Inneres“ setzen sich wie folgt zusammen (alle nachfolgenden Zahlen in Mio. EUR):

Mittelverwendungsgruppe	BVA 2027
Auszahlungen aus dem betrieblichen Sachaufwand	978,442
Auszahlungen aus Transfers	82,312
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	66,156

Mittelverwendungsgruppe	BVA 2027
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,894
Summe	1.128,804

In diesen Summen werden beispielsweise in folgenden Bereichen Beschaffungen durchgeführt:

Auszahlungen aus dem betrieblichen Sachaufwand:

- Energie 29,1
- geringwertige Wirtschaftsgüter (bspw. PC, Möblierung) 25,5
- Treibstoffe 20,6
- Munition 5,1

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit:

- Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Einsatz- und Schutzausrüstung 38,0
- Fahrzeuge inkl. Hubschrauber 16,3
- IT-Ausstattung 11,9

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 428/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 428/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Beschaffungen sind für das Jahr 2028 eingeplant, aufgegliedert auf die einzelnen Beschaffungsvorgänge mit den veranschlagten Kosten?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die gesamten Sachauszahlungen der UG 11 „Inneres“ setzen sich wie folgt zusammen (alle nachfolgenden Zahlen in Mio. EUR):

Mittelverwendungsgruppe	BVA 2028
Auszahlungen aus dem betrieblichen Sachaufwand	1.017,949
Auszahlungen aus Transfers	88,343
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	82,729

Mittelverwendungsgruppe	BVA 2028
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,888
Summe	1.190,909

In diesen Summen werden beispielsweise in folgenden Bereichen Beschaffungen durchgeführt:

Auszahlungen aus dem betrieblichen Sachaufwand:

- geringwertige Wirtschaftsgüter (bspw. PC, Möblierung) 30,9
- Energie 30,8
- Treibstoffe 21,8
- Munition 6,8

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit:

- Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Einsatz- und Schutzausrüstung 38,9
- Fahrzeuge inkl. Hubschrauber 35,8
- IT-Ausstattung 8,0

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Alois Kainz hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 429/JBA, 430/JBA, 431/JBA, 432/JBA und 433/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 429/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche Mittel sind 2027 für Medienkampagnen sowie Werbungsmaßnahmen für die Polizeiaufnahme budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 11 „Inneres“ sind für das Jahr 2027 beim Detailbudget 11.01.01.00 „Zentralstelle“ Budgetmittel für Medienkooperationen in Höhe von 2,500 Mio. EUR und Budgetmittel für Werbemittel in Höhe von 0,500 Mio. EUR budgetiert. Darin enthalten sind Mittel für Medienkampagnen sowie Werbungsmaßnahmen für die Polizeiaufnahme.

Frage 430/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche Mittel sind 2028 für Medienkampagnen sowie Werbungsmaßnahmen für die Polizeiaufnahme budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 11 „Inneres“ sind für das Jahr 2028 beim Detailbudget 11.01.01.00 „Zentralstelle“ Budgetmittel für Medienkooperationen in Höhe von 2,500 Mio. EUR und Budgetmittel für Werbemittel in Höhe von 0,500 Mio. EUR budgetiert. Darin enthalten sind Mittel für Medienkampagnen sowie Werbemaßnahmen für die Polizeiaufnahme.

Frage 431/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche Mittel für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit wurden bisher im Jahr 2026 an welchen Endempfänger zu welchem Zweck ausbezahlt?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 11 „Inneres“ betragen die Gesamtausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagnen für das 1. Quartal 2026 45.073,64 EUR. Hinsichtlich der Aufschlüsselung der Gesamtausgaben darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5711/J vom 08.04.2026 (5152/AB) verwiesen werden.

Die Ausgaben für das 2. Quartal 2026 liegen noch nicht vor.

Frage 432/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche Mittel für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sind 2027 für welche konkreten Zwecke budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 11 „Inneres“ sind für das Jahr 2027 beim Detailbudget 11.01.01.00 „Zentralstelle“ Budgetmittel für Medienkooperationen in Höhe von 2,500 Mio. EUR und Budgetmittel für Werbemittel in Höhe von 0,500 Mio. EUR budgetiert.

Frage 433/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche Mittel für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sind 2028 für welche konkreten Zwecke budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 11 „Inneres“ sind für das Jahr 2028 beim Detailbudget 11.01.01.00 „Zentralstelle“ Budgetmittel für Medienkooperationen in Höhe von 2,500 Mio. EUR und Budgetmittel für Werbemittel in Höhe von 0,500 Mio. EUR budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Alois Kainz hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 434/JBA und 435/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 434/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche detaillierten Kosten entstanden 2025 für externe Beratungsfirmen, aufgegliedert auf die einzelnen Firmen?“*

Frage 435/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Zu welchem konkreten Zweck wurden im Jahr 2025 externe Beratungsfirmen jeweils beauftragt?“*

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Es wird auf folgende parlamentarische Anfragen und deren Beantwortung verwiesen:

- PA 1326/J (1276/AB) betr. „Externe Verträge Ihres Ressorts im 1. Quartal 2025“
- PA 2775/J (2334/AB) betr. „Externe Verträge Ihres Ressorts im 2. Quartal 2025“
- PA 3800/J (3323/AB) betr. „Externe Verträge Ihres Ressorts im 3. Quartal 2025“

- PA 4245/J (3755/AB) betr. „Externe Verträge Ihres Ressorts im 4. Quartal 2025“

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Alois Kainz hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 436/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 436/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche detaillierten Kosten entstanden bisher 2026 für externe Beratungsfirmen, aufgegliedert auf die einzelnen Firmen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für das 1. Quartal 2026 wird auf folgende parlamentarische Anfrage und deren Beantwortung verwiesen:

- PA 5473/J (4929/AB) betr. „Externe Verträge Ihres Ressorts im 1. Quartal 2026“

Nachdem die Werte für das 2. Quartal 2026 noch nicht vorliegen, wird auf die inhaltsgleiche parlamentarische Anfrage 6393/J verwiesen, deren Beantwortung derzeit in Bearbeitung ist.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Alois Kainz hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 437/JBA und 438/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 437/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind für Leistungen externer Beratungsfirmen zu welchem Zweck für 2027 budgetiert?“

Frage 438/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind für Leistungen externer Beratungsfirmen zu welchem Zweck für 2028 budgetiert?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für die Jahre 2027 und 2028 sind Budgetmittel iHv. je 2,000 Mio. EUR Beratungsdienstleistungen Immobilienstrategie budgetiert.

Weitere Mittel für Leistungen externer Beratungsfirmen sind für die Jahre 2027 und 2028 nicht gesondert budgetiert und werden im Anlassfall in den jeweils betroffenen Detailbudgets verrechnet.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 439/JBA, 440/JBA und 441/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 439/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Ausbildungsplätze für Polizeischüler gab es bisher 2026, aufgegliedert auf die einzelnen Bundesländer?“

Frage 440/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Ausbildungsplätze für Polizeischüler sind bis Ende 2027, aufgegliedert auf die einzelnen Bundesländer, vorgesehen?“

Frage 441/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Ausbildungsplätze für Polizeischüler sind bis Ende 2028, aufgegliedert auf die einzelnen Bundesländer, vorgesehen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Der nachstehenden Tabelle ist die Anzahl jener Polizeischüler:innen zu entnehmen, die im Zeitraum vom 1. Jänner 2026 bis 1. Juni 2026 in Form von Neuaufnahmen und Wiedereintritten in den jeweiligen Landespolizeidirektionen ihre Ausbildung begonnen haben.

Zugänge Polizeischüler:innen 1. Jänner bis 1. Juni 2026 Neuaufnahmen und Wiedereintritte	
LPD BURGENLAND	0
LPD KÄRNTEN	0
LPD NÖ	0
LPD OÖ	0
LPD SALZBURG	25
LPD STEIERMARK	1
LPD TIROL	25
LPD VORARLBERG	33
LPD WIEN	275
SUMME	359

Die konkrete Neuaufnahmeplanung für die Jahre 2027 und 2028 liegt zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 442/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 442/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Mittel sind für die Fortführung der Personaloffensive für den Exekutivdienst bis Ende 2028 budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Mit den in den Bundesvoranschlagsentwürfen 2027 und 2028 im Personalaufwand der Landespolizeidirektionen (DB 11.02.01.01 bis 11.02.01.09) enthaltenen Budgetmitteln wird eine Nachbesetzung der Abgänge im Exekutivdienst sichergestellt. Die Entwicklung der Abgangsziffern wird einem laufenden Personalcontrolling unterzogen, und es ergeben sich in weiterer Folge daraus die möglichen konkreten Aufnahmekapazitäten, die bedarfsgerecht auf die Bundesländer aufgeteilt werden.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 443/JBA und 444/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 443/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Dienststellen bzw. Polizeiinspektionen wurden im Jahr 2026 bisher geschlossen, verlegt oder zusammengelegt, aufgegliedert auf die einzelnen Bundesländer?“

Frage 444/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Dienststellen bzw. Polizeiinspektionen sollen bis Ende 2028 geschlossen, verlegt oder zusammengelegt werden, aufgegliedert auf die einzelnen Bundesländer?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Entsprechende Überlegungen zu Fusionierungen von Dienststellen zielen auf einen optimalen Einsatz vorhandener Ressourcen ab und erfolgen individuell im Regelfall auf Antrag der jeweiligen Landespolizeidirektionen. Alle Arbeitsplätze werden dabei lediglich organisatorisch transferiert und verbleiben im jeweiligen Bereich der Landespolizeidirektion bzw. in der Region.

Die nachfolgend angeführte Auflistung zeigt jene Dienststellen, welche im Jahr 2026 bis zum 30.06.2026 aufgrund von internen Strukturmaßnahmen im Bereich der Landespolizeidirektionen organisatorisch zusammengeführt oder aufgelassen wurden bzw. Änderungen in Planung sind:

Landespolizeidirektion	Bezirkspolizeikommando (BPK)/ Abteilung	Polizeiinspektionen (PI)/ Fachinspektion FI	Neuer Standort/ Maßnahme	Umsetzung
Burgenland	Fremden- und Grenzpolizeiliche Abteilung FGA	PI Schattendorf Fremdenpolizei	Transferierung von allen Arbeitsplätzen auf umliegende Dienststellen.	1.5.2026
Oberösterreich	BPK Grieskirchen-Eferding	PI Prambachkirchen	Transferierung der Arbeitsplätze zu den bestehenden PI Eferding, PI Bad Schallerbach, PI Aschbach a.d. Donau	1.6.2026
Tirol	BPK Reutte	PI Bichlbach	Organisatorische Fusionierung mit der PI Lermoos, die Standorte der einzelnen PI (Lermoss und Bichlbach) bleiben dabei erhalten.	1.5.2026
Tirol	BPK Kitzbühel	PI Kössen	Hier soll eine organisatorische Fusionierung mit der PI Erpfendorf erfolgen, die	offen

Landespolizeidirektion	Bezirkspolizeikommando (BPK)/ Abteilung	Polizeiinspektionen (PI)/ Fachinspektion FI	Neuer Standort/ Maßnahme	Umsetzung
			Standorte der einzelnen PI bleiben dabei erhalten.	
Tirol	BPK Kitzbühel	PI Hopfgarten, Westendorf und Kirchberg	Planung der Zusammenführung der PI Hopfgarten, Westendorf und Kirchberg mit einem neuen Standort im Gemeindegebiet Brixental als zukünftige PI Brixen im Thale.	offen
Vorarlberg	BPK Feldkirch	PI Satteins	Organisatorische Fusionierung mit der PI Frastanz, die Standorte der einzelnen PI (Satteins und Frastanz) bleiben dabei erhalten.	1.4.2026
Vorarlberg	BPK Bludenz	PI Nenzing und PI Sonntag	Organisatorische Fusionierung der Dienststellen mit der PI Thüringen, die Standorte der einzelnen PI (Nenzing und	1.6.2026

Landes- polizeidirektion	Bezirks- polizeikommando (BPK)/ Abteilung	Polizei- inspektionen (PI)/ Fachinspektion FI	Neuer Standort/ Maßnahme	Umsetzung
			Sonntag) bleiben dabei erhalten.	

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 445/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 445/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie gliedert sich die Anzahl der Exekutivbeamten heuer auf die einzelnen Dienststellen in Österreich auf?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Vorab möchte ich anmerken, dass bezüglich einer Datenerhebung für die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) sowie der Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) auf den ständigen Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten gemäß Artikel 52 Bundes-Verfassungsgesetz hingewiesen wird, in dem die parlamentarische Kontrolle unter Wahrung der Vertraulichkeit ausgeübt wird. Es werden daher im Rahmen der Datenerhebungen die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) und Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) nicht berücksichtigt.

Des Weiteren darf ich folgende abfragerrelevante Abkürzungen vorausschicken:

BPK:	Bezirkspolizeikommando
DSN:	Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst
LPD:	Landespolizeidirektion
LPD ² :	Landespolizeidirektion <u>ohne</u> : Bezirks- und Stadtpolizeikommanden; Landesämter für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung; Bildungszentren
LSE:	Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung
PI:	Polizeiinspektion
SPK:	Stadtpolizeikommando

Der nachfolgenden Tabelle ist die Anzahl jener Exekutivbediensteten zu entnehmen, welche zum Stichtag 1. Juni 2026 ihre Stammdienststelle innerhalb einer Landespolizeidirektion hatten. Mit Ausnahme von Bediensteten der Landesämter für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) sowie Polizeischülerinnen und Polizeischülern, die entweder eine zweijährige Grundausbildung oder eine sechsmonatige Ausbildung für den grenz- und fremdenpolizeilichen Bereich absolvieren, wurden alle Exekutivbedienstete miteinbezogen.

Im Rahmen der Darstellung des Stammpersonals werden Personen, die sich in Karenz befinden, mitberücksichtigt. Dienstzugeteiltes Personal findet keine Berücksichtigung.

Landespolizeidirektion Burgenland Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Burgenland gesamt	1.486
Landespolizeidirektion Burgenland ²	502
BPK Güssing	81
BPK Jennersdorf	106

Landespolizeidirektion Burgenland Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Burgenland gesamt	1.486
BPK Mattersburg	100
BPK Neusiedl am See	241
BPK Oberpullendorf	131
BPK Oberwart	146
SPK/BPK Eisenstadt	179

Landespolizeidirektion Kärnten Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Kärnten gesamt	2.027
Landespolizeidirektion Kärnten ²	516
BPK Feldkirchen	63
BPK Hermagor	61
BPK Klagenfurt-Land	133
BPK St.Veit a.d.Glan	115
BPK Spittal a.d.Drau	165
BPK Villach-Land	213
BPK Völkermarkt	122
BPK Wolfsberg	114
SPK Klagenfurt am Wörthersee	290
SPK Villach	235

Landespolizeidirektion Niederösterreich Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Niederösterreich gesamt	5.059
Landespolizeidirektion Niederösterreich ²	1.084
BPK Amstetten	173
BPK Baden	267
BPK Bruck an der Leitha	172
BPK Gänserndorf	175
BPK Gmünd	96
BPK Hollabrunn	121
BPK Horn	77
BPK Korneuburg	147
BPK Krems/Land	161
BPK Lilienfeld	67
BPK Melk	117
BPK Mistelbach	145
BPK Mödling	278
BPK Neunkirchen	143
BPK Scheibbs	74
BPK St.Pölten	183
BPK Tulln	152
BPK Waidhofen a.d.Thaya	62
BPK Wiener Neustadt	107
BPK Zwettl	76
SPK St. Pölten	193
SPK Schwechat	842
SPK Wr. Neustadt	147

Landespolizeidirektion Oberösterreich Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Oberösterreich gesamt	3.695
Landespolizeidirektion Oberösterreich ²	913
BPK Braunau	132
BPK Freistadt	92
BPK Gmunden	179
BPK Grieskirchen-Eferding	120
BPK Kirchdorf	99
BPK Linz-Land	273
BPK Perg	103
BPK Ried	100
BPK Rohrbach	93
BPK Schärding	104
BPK Steyr Land	81
BPK Urfahr	114
BPK Vöcklabruck	205
BPK Wels Land	104
SPK Linz	679
SPK Steyr	125
SPK Wels	179

Landespolizeidirektion Salzburg Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne Schüler)
LPD Salzburg gesamt	1.899
Landespolizeidirektion Salzburg ²	573
BPK Hallein	100
BPK Salzburg	256

Landespolizeidirektion Salzburg Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne Schüler)
BPK St. Johann im Pongau	188
BPK Tamsweg	52
BPK Zell am See	188
SPK Salzburg	542

Landespolizeidirektion Steiermark Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Steiermark gesamt	3.854
Landespolizeidirektion Steiermark ²	1.069
BPK Bruck-Mürzzuschlag	241
BPK Deutschlandsberg	118
BPK Graz-Umgebung	297
BPK Hartberg-Fürstenfeld	150
BPK Leibnitz	146
BPK Liezen	185
BPK Murau	78
BPK Murtal (am Standort Knittelfeld)	149
BPK Südoststeiermark	187
BPK Voitsberg	96
BPK Weiz	140
SPK Graz	786
SPK/BPK Leoben	212

Landespolizeidirektion Tirol Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Tirol gesamt	2.253
Landespolizeidirektion Tirol ²	607
BPK Imst	123
BPK Innsbruck-Land	310
BPK Kitzbühel	142
BPK Kufstein	182
BPK Landeck	129
BPK Lienz	96
BPK Reutte	81
BPK Schwaz	139
SPK Innsbruck	444

Landespolizeidirektion Vorarlberg Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Vorarlberg gesamt	877
Landespolizeidirektion Vorarlberg ²	333
BPK Bludenz	105
BPK Bregenz	192
BPK Dornbirn	120
BPK Feldkirch	127

Landespolizeidirektion Wien Exekutive Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)	
Stichtag: 01. Juni 2026	Köpfe (Stammpersonal ohne LSE, ohne Schüler)
LPD Wien gesamt	6.745
Landespolizeidirektion Wien ²	2.532
Stadtpolizeikommando Innere Stadt	349
Stadtpolizeikommando Landstraße	205
Stadtpolizeikommando Margareten (5,4,6)	279
Stadtpolizeikommando Josefstadt (8,7,9)	387
Stadtpolizeikommando Favoriten	365
Stadtpolizeikommando Simmering	170
Stadtpolizeikommando Meidling (12,13)	361
Stadtpolizeikommando Fünfhaus (15,14)	353
Stadtpolizeikommando Ottakring (16,17)	306
Stadtpolizeikommando Döbling (19,18)	269
Stadtpolizeikommando Brigittenau (20,2)	403
Stadtpolizeikommando Floridsdorf	252
Stadtpolizeikommando Donaustadt	320
Stadtpolizeikommando Liesing	194

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 446/JBA, 447/JBA und 448/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 446/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „In welchem Ausmaß haben Sie die Reduzierung von Mehrdienstleistungen im Jahr 2026 bisher pro Bundesland veranlasst?“

Frage 447/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „In welchem Ausmaß planen Sie Mehrdienstleistungen im Jahr 2027 pro Bundesland weiter zu reduzieren?“

Frage 448/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „In welchem Ausmaß planen Sie Mehrdienstleistungen im Jahr 2028 pro Bundesland weiter zu reduzieren?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Obgleich selbstverständlich auch im Bereich der Landespolizeidirektionen der Dienstbetrieb jederzeit wirtschaftlich und sparsam zu gestalten und diesbezüglich auch

der Einsatz der vorhandenen Ressourcen entsprechend zu planen ist, wurden für 2026 – wie auch in den vorangegangenen Jahren – den Landespolizeidirektionen im Rahmen ihrer jeweiligen Managementverantwortung Zielvorgaben übertragen.

Auf jeden Fall hat der Schutz der Bevölkerung oberste Priorität. Erforderlichenfalls sind weiterhin Überstunden anzuordnen, um die sicherheitspolizeiliche Grundversorgung, den großen sicherheitspolizeilichen Ordnungsdienst, notwendige präventive Maßnahmen (z.B. Präsenz im öffentlichen Raum) und notwendige repressive Maßnahmen zur Extremismus- und Terrorbekämpfung, zur Kriminalitätsbekämpfung und zur Bekämpfung der illegalen Migration sicher zu stellen.

Die für den Bereich der Landespolizeidirektionen definierten Zielvorgaben für Überstunden werden auf Basis der BVAE 2027 und 2028 grundsätzlich fortgeschrieben und stellen keine Reduktion dar.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 449/JBA, 450/JBA, 451/JBA, 452/JBA, 453/JBA und 454/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 449/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Kosten entstanden 2026 für die Förderung bzw. Unterstützung von NGOs, aufgegliedert auf die einzelnen NGOs?“

Frage 450/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Zu welchem konkreten Zweck wurden/werden im Jahr 2026 NGOs jeweils beauftragt?“

Frage 451/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Förderungen für NGOs sind für das Jahr 2027 budgetiert, aufgegliedert auf die einzelnen Detailbudgets und die jeweiligen NGOs?“

Frage 452/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Zu welchem konkreten Zweck sollen im Jahr 2027 NGOs jeweils beauftragt werden?“

Frage 453/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Förderungen für NGOs sind für das Jahr 2028 budgetiert, aufgegliedert auf die einzelnen Detailbudgets und die jeweiligen NGOs?“

Frage 454/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Zu welchem konkreten Zweck sollen im Jahr 2028 NGOs jeweils beauftragt werden?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Bezeichnung „NGOs“ ist gesetzlich nicht definiert und wird zudem auch uneinheitlich gebraucht. Die Fragestellungen sind daher nicht ausreichend determiniert („NGOs“) und bedürfen somit einer Interpretation. Eine derartige Interpretation des Willens eines Abgeordneten steht mir aber nicht zu. Es ist mir daher nicht möglich, diese Fragen einer Beantwortung zuzuführen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 455/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 455/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Verzögerungen ergeben sich bei der Umsetzung der Immobilienstrategie des BMI?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Bedingt durch Planungsänderungen und noch ausständige Genehmigungen kommt es beim Sicherheitszentrum Meidling und Sicherheitszentrum Wien zu Verzögerungen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 456/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 456/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Investitionen sind 2027 in die Infrastruktur geplant, aufgegliedert auf die einzelnen Standorte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Modernisierung und der Ausbau der Polizeiinfrastruktur werden weitergeführt. Die jeweiligen Bedarfsträger erheben derzeit die Bedarfe und nehmen eine umfassende Bewertung und Priorisierung dieser Vorhaben vor, um danach die Einleitung anzustoßen.

Neben den bereits bestehenden Verpflichtungen (z.B. Generalsanierung Minoritenplatz und Einsatzzentrum Absam) werden unvorhersehbare dringende Handlungsbedarfe, welcher zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes erforderlich sind, nach eingehender Prüfung ebenfalls unterjährig bearbeitet.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 457/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 457/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Investitionen sind 2028 in die Infrastruktur geplant, aufgegliedert auf die einzelnen Standorte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Modernisierung und der Ausbau der polizeilichen Infrastruktur in Österreich werden weitergeführt um moderne und sichere Dienststellen zu gewährleisten. Für neue Projekte wird im Laufe des Jahres eine Bewertung und Priorisierung durch die Bedarfsträger durchgeführt und in weiterer Folge abgearbeitet.

Die Weiterführung und gezielte Modernisierung der polizeilichen Infrastruktur auf ASFINAG-Liegenschaften ist vorgesehen.

Darüber hinaus werden wesentliche Projekte in allen Bundesländern konsequent weiterverfolgt, geplant und umgesetzt. Dazu gehören beispielsweise die Errichtung und Fertigstellung wichtiger Sicherheitszentren an strategischen Standorten. Diese

Maßnahmen sollen die Effizienz und Sicherheit der Polizeiarbeit in ganz Österreich nachhaltig stärken und die Arbeitsbedingungen für die Beamtinnen und Beamten verbessern.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 458/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 458/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie lang war 2026 bisher die durchschnittliche Dauer vom Eingang des Notrufes bis zum Eintreffen am Einsatzort?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die aus der Statistik aus dem Einsatzleit- und Kommunikationssystem (ELKOS) errechnete österreichweite durchschnittliche Zeit vom Notrufeingang bis zum Eintreffen der ersten Polizeistreife am Einsatzort ergibt über alle Prioritäten 20:03 Minuten.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 459/JBA, 460/JBA und 461/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 459/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Maßnahmen wurden/werden im Jahr 2026 zur Abwehr des islamistischen Terrorismus gesetzt?“

Frage 460/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Maßnahmen sind im Jahr 2027 budgetiert, welche zur Abwehr des islamistischen Terrorismus dienen?“

Frage 461/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Maßnahmen sind im Jahr 2028 budgetiert, welche zur Abwehr des islamistischen Terrorismus dienen?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Hinsichtlich der Beantwortung der Fragen wird auf den Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten verwiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 462/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 462/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Mit welchen Ländern ist der Abschluss von verbindlichen Rückübernahmeabkommen im Jahr 2027 geplant?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Das Bundesministerium für Inneres ist an möglichst raschen Abschlüssen von Rückübernahmeabkommen interessiert und es finden laufend intensive Gespräche mit Drittstaaten gemeinsam mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten statt. Neben der Aushandlung formeller Rückübernahmeabkommen werden auch laufend alternative Instrumente wie der Abschluss von Vereinbarungen geprüft, um die Rückübernahme Kooperation zu stärken. Darüber hinaus werden umfassende Migrationsdialoge geführt oder Migrationspartnerschaften gebildet, um eine vertrauensvolle Kooperation mit Herkunftsstaaten in sämtlichen Rückübernahmebelangen zu fördern.

Die Steigerung der Rückkehr und die Verbesserung der Kooperation mit Herkunftsstaaten sind wichtige Schwerpunkte des Bundesministeriums für Inneres. In diesem Zusammenhang unterstützt das Bundesministerium für Inneres auch europäische Prozesse und steht in engem und regelmäßigem Austausch auf unterschiedlichen Ebenen mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, das für die Verhandlung von Abkommen zuständig ist.

Für das Jahr 2027 können derzeit keine konkreten Staaten genannt werden, da laufende Verhandlungen dem Grundsatz der Vertraulichkeit unterliegen und deren Verlauf sowie Abschluss nicht vorweggenommen werden können. Das Bundesministerium für Inneres wird jedoch auch im Jahr 2027 den Abschluss weiterer Rückübernahmeinstrumente und die Vertiefung bestehender Kooperationen aktiv vorantreiben.

Aktuell bestehen 18 Rückübernahmeabkommen der Europäischen Union mit Drittstaaten, 30 bilaterale Rückübernahmeabkommen sowie ein bilaterales Migrationsabkommen, das ebenfalls Bestimmungen zur Rückkehr enthält. Im Jahr 2026 wurde bereits eine Migrations- und Mobilitätspartnerschaft mit Usbekistan unterzeichnet. Dieses Abkommen beinhaltet auch Bestimmungen zur Rückübernahme, ist aber noch nicht in Kraft getreten.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 463/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 463/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Mit welchen Staaten werden Sie 2027 in Gespräche treten, um den Plan von Asylzentren in Drittstaaten voranzutreiben?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Mit dem Inkrafttreten des Asylpaktes am 12. Juni 2026 wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen erweitert, um Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU umsetzen zu können.

Zusätzlich wurden mit der kürzlich angenommenen Rückkehrverordnung neue Möglichkeiten geschaffen, rückzuführende Personen in einen anderen Staat als den Herkunftsstaat dieser Person rückzuführen. Mit in Kraft treten der neuen Verordnung ist sodann eine Rechtsgrundlage für die Umsetzung sogenannter „Return Hubs“ gegeben.

Damit werden langjährige Forderungen Österreichs erfüllt. Ich setze mich auf europäischer Ebene bereits seit mehreren Jahren für die Umsetzung dieser Lösungskonzepte ein, die

einen umfassenden Ansatz verfolgen. Daher begrüße ich diese neu geschaffenen Möglichkeiten, die einen wesentlichen Verhandlungserfolg Österreichs und seiner Partner in der EU darstellen.

Gemeinsam mit einer Gruppe von EU-Mitgliedsstaaten arbeiten wir bereits konkret an der Umsetzung der neuen Möglichkeiten mit prioritärem Fokus auf „Return Hubs“ und führen Gespräche mit Drittstaaten, die aufgrund der vereinbarten Vertraulichkeit dieser Gespräche noch nicht genannt werden können.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 464/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 464/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Rückübernahmeabkommen haben mit welchem Land seit wann bindende Wirkung?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In nachfolgender Tabelle finden sich völkerrechtlich verbindliche Rückübernahmeabkommen, die Rückkehraspekte zwischen der Europäischen Union beziehungsweise Österreich und dem jeweiligen Drittstaat umfassen.

Vertragsstaat bzw. Partner:	In Kraft getreten am:
Albanien	1. Mai 2006
Armenien	1. Jänner 2014
Aserbaidshan	1. September 2014
Belarus (Weißrussland)	1. Juli 2020 (seit 2. Dezember 2021 suspendiert)
Bosnien und Herzegowina	1. Jänner 2008
Georgien	1. März 2011

Vertragsstaat bzw. Partner:	In Kraft getreten am:
Hong Kong	1. März 2004
Indien (bilateral)	1. September 2023
Kap Verde	1. Dezember 2014
Kasachstan (bilateral)	1. Mai 2026
Macao	1. Juni 2004
Moldawien	1. Jänner 2008
Mongolei	1. Jänner 2026
Montenegro	1. Jänner 2008
Nigeria (bilateral)	1. April 2012
Nordmazedonien	1. Jänner 2008
Pakistan	1. Dezember 2010
Russische Föderation	1. Juni 2007
Serbien	1. Jänner 2008
Sri Lanka	1. Mai 2005
Tunesien (bilateral)	1. August 1965
Türkei	1. Oktober 2014
Ukraine	1. Jänner 2008

Zudem bestehen noch auf EU-Ebene nachfolgende unverbindliche Kooperationsvereinbarungen mit Drittstaaten:

Drittstaat	Wirksam seit	Bezeichnung der Vereinbarung
Afghanistan	April 2021 <i>derzeit suspendiert</i>	Joint Declaration on Migration Cooperation (JDMC) Bis 26.4.2021: Joint Way Forward on Migration.
Äthiopien	5.2.2018	Admission procedures for the return of Ethiopians for EU MS
Bangladesch	20.9.2017	Standard operating procedures
Elfenbeinküste	17.10.2018	Best practice procedure on identification and return
Gambia	16.11.2018	Good practice identification and return procedures
Guinea	10.7.2017	Best practice procedure on identification and return
Tunesien	16.7.2023	Memorandum of Understanding on a strategic and global partnership (inkl. Migration/Rückkehr)
Mauretanien	7.3.2024	Gemeinsame Erklärung über den Aufbau einer Migrationspartnerschaft

Drittstaat	Wirksam seit	Bezeichnung der Vereinbarung
Ägypten	17.3.2024	Strategic and Comprehensive Partnership (inkl. Teilaspekt Migration);
Jordanien	29.1.2025	Joint Declaration on a Strategic and Comprehensive Partnership between the Hashemite Kingdom of Jordan and the European Union (inkl. Kapitel über Migration)

Des Weiteren hat Österreich ebenso nachfolgende bilaterale unverbindliche Vereinbarungen mit Drittstaaten geschlossen, die Bestimmungen zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger regeln.

Drittstaat	Wirksam seit	Bezeichnung der Vereinbarung
Marokko	26.5.2023	„Meeting Protocol“ betreffend die Modalitäten bei den Rückführungen / Festlegung der Prozesse bei Identifizierung / Ausstellung Ersatzreisedokumente
Irak	24.5.2023	Joint Declaration of Intent on Cooperation in the Field of Migration
	20.7.2023	Joint Declaration of Intent on an enhanced cooperation in the Field of Migration
Österreich - Ungarn - Serbien	16.11.2022	Unterzeichnung MoU „illegale Migration“
	7.7.2023	Follow-Up MoU on enhancing trilateral cooperation in effectively combatting illegal migration
Philippinen	25.10.2023:	MoU „on the recruitment of professionals and skilled workers“ + Joint Statement on the Signing of the Memorandum of Understanding
Indonesien	13.5.2024	MoU „regarding the Recruitment of Indonesian Professionals and Skilled Workers“
Angola	14.9.2023:	MoU über die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit
UK	2.11.2023	Joint Statement between the Federal Ministry of the Interior of the Republic of Austria and the Home Department of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on enhancing cooperation in the field of internal security, migration, and transnational crime.“
Bahrain	11.1.2024	Declaration of Intent über die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit.
Ghana	13.9.2024	MoU on Mobility and Migration

Drittstaat	Wirksam seit	Bezeichnung der Vereinbarung
Kenia	26.9.2024	MoU on Mobility and Migration
Kuwait	26.9.2024	MoU Konsularische Kooperation
Ecuador	6.12.2024	MoU Konsularische Kooperation
Togo	25.9.2025	MoU on Mobility and Migration

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 465/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 465/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Migranten wurden aufgrund von Rückübernahmeabkommen bisher rückgeführt, aufgegliedert nach dem jeweiligen Abkommen, der Nationalität des Rücküberführten und den Zieldestinationen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die statistische Erfassung von Außerlandesbringungen erfolgt entlang der Nationalitäten rückgeführter Personen und nicht nach den Zieldestinationen. Eine spezifische statistische Erfassung von Abschiebungen nach Ländern, mit denen Österreich Rückübernahmeabkommen unterhält, erfolgt demnach nicht. Gemäß dem Völkergewohnheitsrecht sind Staaten grundsätzlich zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger verpflichtet. Rückübernahmeabkommen, bilaterale wie EU-weite, stellen den rechtlichen Rahmen zur Kooperation mit Drittstaaten bei der Rückführung dar, sind jedoch nicht Voraussetzung für eine funktionierende Rückübernahmekooperation.

Freiwillige Ausreisen sind in jedem Verfahrensstadium möglich und können bei Vorliegen der Voraussetzungen unterstützt werden.

Kommt die Person der Verpflichtung zur Ausreise nicht aus Eigenem nach, wird seitens des zuständigen Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) die Abschiebung vorbereitet. Im Zeitraum Jänner bis Mai 2026 erfolgten insgesamt 6.018 Außerlandesbringungen, davon 2.849 freiwillige und 3.169 zwangsweise Ausreisen.

Zeitraum Jänner bis Mai 2026

Nationalität	Zwangsweise	<i>davon Abschiebungen</i>	<i>davon Dublin</i>	Freiwillig	Gesamt
Slowakei	859	858	1	54	913
Ungarn	597	597	0	45	642
Türkei	154	129	25	386	540
Syrien	18	12	6	457	475
Rumänien	246	246	0	97	343
Serbien	115	114	1	204	319
Indien	42	29	13	181	223
Polen	169	169	0	14	183
Tschechische Republik	117	117	0	21	138
Afghanistan	82	37	45	43	125
Moldau	40	28	12	81	121
Russische Föderation	40	5	35	75	115
Nigeria	57	50	7	54	111
Volksrepublik China	12	8	4	94	106
Bulgarien	77	77	0	16	93
Georgien	41	36	5	48	89
Albanien	30	30	0	55	85
Ukraine	11	1	10	59	70
Usbekistan	3	3	0	65	68
Kosovo	14	14	0	53	67
Top 20	2.724	2.560	164	2.102	4.826
Rest	445	274	171	747	1.192
Gesamt	3.169	2.834	335	2.849	6.018

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 466/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 466/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viel hat im Durchschnitt die Rückführung eines einzelnen Migranten im Rahmen der bestehenden Rückübernahmeabkommen gekostet, aufgliedert nach den jeweiligen Kostenpunkten?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Jahr 2025 betragen die durchschnittlichen Kosten pro Person für die freiwillige Rückkehr 303,88 EUR und für die zwangsweise Rückkehr (inkl. Dublin) durchschnittlich 1.436,08 EUR, wobei rund 70 % aller zwangsweisen Rückführungen von Frontex finanziert werden. Neben den Reise- und Transportkosten sind für die freiwillige Rückkehr unter anderem die Kosten für Heimreisezertifikat und Rückkehrhilfen enthalten. Die Kosten für zwangsweise Rückführungen umfassen neben den Reise- und Transportkosten die Kosten des Begleitpersonals, Ärzte und gegebenenfalls Dolmetschkosten.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 467/JBA und 468/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 467/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„In welcher Höhe sind für das Jahr 2027 Mittel budgetiert, welche dem österreichischen Grenzschutz dienen, aufgegliedert nach den jeweiligen Maßnahmen bzw. Investitionen?“*

Frage 468/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„In welcher Höhe sind für das Jahr 2028 Mittel budgetiert, welche dem österreichischen Grenzschutz dienen, aufgegliedert nach den jeweiligen Maßnahmen bzw. Investitionen?“*

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In diesem Zusammenhang stehende Budgetmittel sind insbesondere in den Detailbudgets „Landespolizeidirektionen“ 11.02.01.01 bis 11.02.01.09, „Auslandseinsätze“ 11.02.02.00, „Bundeskriminalamt“ 11.02.06.00, „Zentrale Sicherheitsaufgaben“ 11.02.08.00 sowie „Direktion Digitale Services“ 11.04.04.00 mitveranschlagt und nicht gesondert ausgewiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 469/JBA, 470/JBA, 471/JBA, 472/JBA, 473/JBA und 474/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 469/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Sonderausrüstung soll 2027 für den Großen Sicherheits- und Ordnungsdienst in welchem Ausmaß und um welchen Preis beschafft werden?“

Frage 470/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Sonderausrüstung soll 2028 für den Großen Sicherheits- und Ordnungsdienst in welchem Ausmaß und um welchen Preis beschafft werden?“

Frage 471/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Beschaffungen sind 2027 für die WEGA in welchem Ausmaß und um welchen Preis geplant?“

Frage 472/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Beschaffungen sind 2028 für die WEGA in welchem Ausmaß und um welchen Preis geplant?“

Frage 473/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Beschaffungen sind 2027 für die Cobra in welchem Ausmaß und um welchen Preis geplant?“

Frage 474/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Beschaffungen sind 2028 für die Cobra in welchem Ausmaß und um welchen Preis geplant?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die diesbezüglichen Beschaffungsvorhaben werden unter Berücksichtigung der budgetären Rahmenbedingungen auf Basis der Bundesvoranschläge 2027 und 2028 einer entsprechenden Priorisierung unterzogen und im Falle der Umsetzung budgetär in den jeweils betroffenen Detailbudgets „Landespolizeidirektionen“ 11.02.01.01 bis 11.02.01.09, „DSE/EKO Cobra“ 11.02.03.00 bedeckt. Dabei sind schwerpunktmäßig folgende Beschaffungen geplant:

- Körperschutzausrüstungen
- GSOD – Helme
- Atemschutzmasken
- Bewaffnung
- Ballistische Schutzausrüstung
- CBRN-Messgeräte
- Trainingsmunition

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 475/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 475/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Exekutivbeamte sind von Polizeiinspektionen anderen Dienststellen, wie zum Beispiel dem Bundesministerium für Inneres – Zentralstelle (Zentraleitung), der Gruppe Bundespolizei im BM.I, der Direktion für Sondereinheiten, dem Bundeskriminalamt, sowie dem BFA, dienstzugeteilt bzw. zur dortigen Dienstverrichtung befohlen, aufgegliedert auf die einzelnen Bundesländer?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Vorab möchte ich anmerken, dass bezüglich einer Datenerhebung für die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) sowie der Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) auf den ständigen Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten gemäß Artikel 52 Bundes-Verfassungsgesetz hingewiesen wird, in dem die parlamentarische Kontrolle unter Wahrung der Vertraulichkeit ausgeübt wird. Daher wird im Rahmen der Datenerhebung die Direktion Staatsschutz und

Nachrichtendienst (DSN) und Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) nicht berücksichtigt.

Des Weiteren darf ich folgende abfragerrelevante Abkürzungen vorausschicken:

DSN: Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst
 LPD: Landespolizeidirektion
 LSE: Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung
 PI: Polizeiinspektion

Der nachstehenden Tabelle ist die Anzahl jener Exekutivbediensteten zu entnehmen, die zum Stichtag 1. Juni 2026 in Summe von den Polizeiinspektionen der jeweiligen Landespolizeidirektion behördenübergreifend zum Bundesministerium für Inneres (Zentralleitung, Ämter) ausgenommen zur Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) sowie behördenübergreifend zu anderen Landespolizeidirektionen (ausgenommen Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung) dienstzugehört waren.

EXEKUTIVE Stammorganisation DZ von...	DIENSTZUTEILUNGEN EXEKUTIVE - behördenübergreifende Zuteilungen von Polizeiinspektionen (PI) zu anderen Landespolizeidirektionen und zum BMI (Zentralleitung, Ämter - ohne Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst)		
	Stichtag: 01.06.2026	Dienstzuteilungen zu ZL, Ämter ausgenommen DSN	Dienstzuteilungen zu anderen LPD ausgenommen LSE
LPD Burgenland PIs abgebend	13	5	18
LPD Kärnten PIs abgebend	29	9	38
LPD NÖ PIs abgebend	115	7	122
LPD OÖ PIs abgebend	72	1	73
LPD Salzburg PIs abgebend	61	4	65
LPD Steiermark PIs abgebend	79	8	87
LPD Tirol PIs abgebend	102	4	106
LPD Vorarlberg PIs abgebend	23	0	23
LPD Wien PIs abgebend	318	3	321
Summe	812	41	853

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 476/JBA, 477/JBA und 478/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 476/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Bedienstete sind 2025 aus dem Dienst wegen Pension, Ressortwechsel, Kündigung, etc. ausgeschieden, aufgegliedert auf Verwaltungsbeamte und Exekutivbeamte?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Jahr 2025 gab es 2.164 Abgänge (1.701 Exekutivdienst und 463 Verwaltungsdienst). 1.075 Bedienstete sind in Ruhestand bzw. Pension gegangen (877 Exekutivdienst und 198 Verwaltungsdienst), 881 sind freiwillig abgegangen (727 Exekutivdienst und 154 Verwaltungsdienst), es gab 62 Ressortwechsel (20 Exekutivdienst und 42 Verwaltungsdienst).

Tabelle Abgänge nach Grund Jahr 2025

Jahr 2025	Exekutivdienst	Verwaltungsdienst	Gesamt
Amtsverlust	2	0	2
Austritt	207	7	214
Einvernehmliche Lösung	462	104	566

Jahr 2025	Exekutivdienst	Verwaltungsdienst	Gesamt
Entlassung	13	2	15
Fristablauf	18	41	59
Krankenstand		3	3
Kündigung	1	0	1
Kündigung durch Dienstgeber	16	15	31
Kündigung durch Dienstnehmer	58	43	101
Pension - Einvernehmliche Lösung	1	31	32
Pension – Invaliden/Berufs-/ Erwerbsunfähigkeit	0	2	2
Pension - Kündigung Dienstnehmer	0	10	10
Ruhestandsversetzung	876	155	1.031
Ressortwechsel	20	42	62
sonstiger Grund	1	0	1
Tod	26	8	34
Gesamt	1.701	463	2.164

Frage 477/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Bedienstete sind bisher 2026 aus dem Dienst wegen Pension, Ressortwechsel, Kündigung, etc. ausgeschieden, aufgegliedert auf Verwaltungsbeamte und Exekutivbeamte?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Zeitraum 01.01.-31.05.2026 gab es 844 Abgänge (661 Exekutivdienst und 183 Verwaltungsdienst). 391 Bedienstete sind in Ruhestand bzw. Pension gegangen (317 Exekutivdienst und 74 Verwaltungsdienst), 356 sind freiwillig abgegangen (305 Exekutivdienst und 51 Verwaltungsdienst), es gab 30 Ressortwechsel (8 Exekutivdienst und 22 Verwaltungsdienst).

Tabelle Abgänge nach Grund Zeitraum 2026

01.01.-31.05.2026	Exekutivdienst	Verwaltungsdienst	Gesamt
Amtsverlust	1	0	1
Austritt	106	4	110
Einvernehmliche Lösung	182	34	216
Entlassung	6	2	8
Fristablauf	8	28	36
Krankenstand	1	0	1
Kündigung durch Dienstgeber	5	1	6
Kündigung durch Dienstnehmer	17	13	30

01.01.-31.05.2026	Exekutivdienst	Verwaltungsdienst	Gesamt
Pension - Einvernehmliche Lösung	0	10	10
Pension – Invaliden/Berufs-/ Erwerbsunfähigkeit	0	1	1
Pension - Kündigung Dienstnehmer	0	1	1
Ruhestandsversetzung	317	62	379
Ressortwechsel	8	22	30
Tod	10	5	15
Gesamt	661	183	844

Frage 478/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Bedienstete gehen bis Ende 2028 voraussichtlich in Pension, aufgliedert auf Verwaltungsbeamte und Exekutivbeamte?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Zeitraum Juni 2026 bis Ende 2028 werden voraussichtlich rd. 3.300 Bedienstete in Ruhestand /Pension gehen, davon rd. 2.500 Exekutivbedienstete und rd. 800 Verwaltungsbedienstete.

Prognose Ruhe- stände/ Pensionen*	ab 06.2026	2027	2028	06.2026 - 12.2028
Exekutivdienst	675	915	910	2.500
Verwaltungsdienst	205	290	305	800
Gesamt	880	1.205	1.215	3.300

*Einerstelle gerundet auf 5 oder 10

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 479/JBA und 480/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 479/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „In welcher Höhe sind für das Jahr 2027 Mittel budgetiert, welche dem EU-Außengrenzschutz dienen, aufgegliedert nach den jeweiligen Maßnahmen?“

Frage 480/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „In welcher Höhe sind für das Jahr 2028 Mittel budgetiert, welche dem EU-Außengrenzschutz dienen, aufgegliedert nach den jeweiligen Maßnahmen?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Detailbudget 11.04.04.00 „Direktion Digitale Services“ sind für das Programm Interoperabilität im Jahr 2027 25,059 Mio. EUR und im Jahr 2028 21,400 Mio. EUR vorgesehen.

Weitere in diesem Zusammenhang stehende Budgetmittel sind insbesondere in den Detailbudgets „Landespolizeidirektionen“ 11.02.01.01 bis 11.02.01.09, „Auslandseinsätze“ 11.02.02.00 sowie „Zentrale Sicherheitsaufgaben“ 11.02.08.00 mitveranschlagt und nicht gesondert ausgewiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 481/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 481/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „In welcher Höhe sind für das Jahr 2027 Mittel budgetiert, welche Österreich aufgrund dessen zahlen soll, weil keine Migranten aus anderen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des sogenannten „EU-Solidaritätsmechanismus“ übernommen werden?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

2027 sind keine Mittel budgetiert. Österreich wurde aufgrund seiner Aufwände und Leistungen in den vergangenen Jahren im Bereich Asyl und Fremdenwesen für 2026 von Zahlungen im Rahmen des EU-Solidaritätsmechanismus befreit, für 2027 wird diese Befreiung ebenfalls erwartet.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 482/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 482/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „In welcher Höhe sind für das Jahr 2028 Mittel budgetiert, welche Österreich aufgrund dessen zahlen soll, weil keine Migranten aus anderen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des sogenannten „EU-Solidaritätsmechanismus“ übernommen werden?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

2028 sind keine Mittel budgetiert. Österreich wurde aufgrund seiner Aufwände und Leistungen in den vergangenen Jahren im Bereich Asyl und Fremdenwesen für 2026 von Zahlungen im Rahmen des EU-Solidaritätsmechanismus befreit, für 2028 wird diese Befreiung ebenfalls erwartet.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 483/JBA, 484/JBA, 485/JBA, 486/JBA, 487/JBA und 488/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 483/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche Kosten sind Ihrem Ressort im Jahr 2025 aufgrund von Einsätzen entstanden, welche auf Tathandlungen von fremden Tatverdächtigen zurückzuführen sind?“*

Frage 484/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Wie viele Überstunden sind in Ihrem Ressort im Jahr 2025 auf Einsätze zurückzuführen, welche aufgrund von Tathandlungen fremder Tatverdächtiger notwendig waren?“*

Frage 485/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Wie viele Polizisten wurden im Jahr 2025 im Dienst bei Einsätzen verletzt, welche auf Tathandlungen durch fremde Tatverdächtige zurückzuführen sind?“*

Frage 486/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche Kosten sind Ihrem Ressort im Jahr 2026 aufgrund von Einsätzen entstanden, welche auf Tathandlungen von fremden Tatverdächtigen zurückzuführen sind?“

Frage 487/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Überstunden sind in Ihrem Ressort im Jahr 2026 auf Einsätze zurückzuführen, welche aufgrund von Tathandlungen fremder Tatverdächtiger notwendig waren?“

Frage 488/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele Polizisten wurden im Jahr 2026 im Dienst bei Einsätzen verletzt, welche auf Tathandlungen durch fremde Tatverdächtige zurückzuführen sind?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Entsprechende, anfragenspezifische Statistiken werden nicht geführt, weshalb von einer Beantwortung in Anbetracht des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes Abstand genommen werden muss.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 489/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 489/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche konkreten Mittel wurden im Jahr 2026 bisher für internationale bzw. supranationale Organisationen im Zusammenhang mit dem Asyl- und Fremdenwesen ausbezahlt, aufgliedert auf die einzelnen Organisationen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Jahr 2026 wurden folgende Mittel ausbezahlt:

Name der Organisation	in €
Internationale Organisation für Migration (IOM)	844.932,93
International Centre for Migration (ICMPD)	189.658,50

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 490/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 490/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welchen Zwecken dienen diese Auszahlungen an internationale bzw. supranationale Organisationen jeweils?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Internationale und supranationale Organisationen sind zentraler Akteur im internationalen Migrationsbereich und wichtiger Partner des Bundesministeriums für Inneres bei Projekten im Kampf gegen illegale Migration in Drittstaaten.

Die Auszahlungen von Pflichtbeiträgen und Förderungen erfolgen iZm der Umsetzung von Projekten zu Förderschwerpunkten im Handlungsfeld Asyl, Migration und Rückkehr sowie Reintegration der Förderstrategie des Bundesministeriums für Inneres.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 491/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 491/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche konkreten Mittel sind für das Jahr 2027 für internationale bzw. supranationale Organisationen im Zusammenhang mit dem Asyl- und Fremdenwesen budgetiert, aufgegliedert auf die einzelnen Organisationen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für laufende Projekte sowie Pflichtbeiträge an internationale Organisationen sind 3,379 Mio. EUR budgetiert, darunter für laufende Projekte 0,173 Mio. EUR an EU-Mittel und 0,440 Mio. EUR für nationale Kofinanzierung. Die Mittelaufteilung an konkrete Organisationen orientiert sich an vertraglichen Verpflichtungen, am Projektfortschritt und an der Ausschöpfung der bereits ausbezahlten Projektmittel.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 492/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 492/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welchen Zwecken sollen diese Auszahlungen an internationale bzw. supranationale Organisationen im Jahr 2027 jeweils dienen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Internationale und supranationale Organisationen sind zentraler Akteur im internationalen Migrationsbereich und wichtiger Partner des Bundesministeriums für Inneres bei Projekten im Kampf gegen illegale Migration in Drittstaaten.

Die Auszahlungen von Pflichtbeiträgen und Förderungen erfolgen iZm der Umsetzung von Projekten zu Förderschwerpunkten im Handlungsfeld Asyl, Migration und Rückkehr sowie Reintegration der Förderstrategie des Bundesministeriums für Inneres.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 493/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 493/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche konkreten Mittel sind für das Jahr 2028 für internationale bzw. supranationale Organisationen im Zusammenhang mit dem Asyl- und Fremdenwesen budgetiert, aufgegliedert auf die einzelnen Organisationen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für laufende Projekte sowie Pflichtbeiträge an internationale Organisationen sind 2,775 Mio. EUR budgetiert. Die Mittelaufteilung aus EU-Mittel und BMI-Kofinanzierung an konkrete Organisationen orientiert sich an vertraglichen Verpflichtungen, am Projektfortschritt und an der Ausschöpfung der bereits ausbezahlten Projektmittel.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 494/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 494/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welchen Zwecken sollen diese Auszahlungen an internationale bzw. supranationale Organisationen im Jahr 2028 jeweils dienen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Internationale und supranationale Organisationen sind zentraler Akteur im internationalen Migrationsbereich und wichtiger Partner des Bundesministeriums für Inneres bei Projekten im Kampf gegen illegale Migration in Drittstaaten.

Die Auszahlungen von Pflichtbeiträgen und Förderungen erfolgen iZm der Umsetzung von Projekten zu Förderschwerpunkten im Handlungsfeld Asyl, Migration und Rückkehr sowie Reintegration der Förderstrategie des Bundesministeriums für Inneres.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 495/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 495/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „In welchem Umfang sind 2027 Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungshilfe zu welchem Zweck und an welche Organisation budgetiert, aufgegliedert nach dem konkreten Budgettopf, der Organisationen und dem Zweck?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Grundsätzlich liegt der Bereich Entwicklungshilfe in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Europäische und internationale Angelegenheiten (UG 12).

Die vom Bundesministerium für Inneres unter dem Titel „Entwicklungszusammenarbeit“ veranschlagten Budgetmittel sind aus der Beilage „Entwicklungszusammenarbeit“ zum Bundesfinanzgesetz 2027 ersichtlich.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 496/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 496/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „In welchem Umfang sind 2028 Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungshilfe zu welchem Zweck und an welche Organisation budgetiert, aufgliedert nach dem konkreten Budgettopf, der Organisationen und dem Zweck?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Grundsätzlich liegt der Bereich Entwicklungshilfe in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Europäische und internationale Angelegenheiten (UG 12).

Die vom Bundesministerium für Inneres unter dem Titel „Entwicklungszusammenarbeit“ veranschlagten Budgetmittel sind aus der Beilage „Entwicklungszusammenarbeit“ zum Bundesfinanzgesetz 2028 ersichtlich.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 497/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 497/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „In welcher Höhe fließen 2027 Budgetmittel aus Ihrem Ressort zu welchem Zweck an welche anderen Staaten?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Es erfolgen derzeit keine Auszahlungen an andere Staaten aus dem Budget der Untergliederung 18 „Fremdenwesen“ und sind auch keine solchen budgetiert. Projektbezogene Auszahlungen erfolgen an die jeweiligen Projektpartnerorganisationen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat MMag. DDr. Hubert Fuchs hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 498/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 498/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „In welcher Höhe fließen 2028 Budgetmittel aus Ihrem Ressort zu welchem Zweck an welche anderen Staaten?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Es erfolgen derzeit keine Auszahlungen an andere Staaten aus dem Budget der Untergliederung 18 „Fremdenwesen“ und sind auch keine solchen budgetiert. Projektbezogene Auszahlungen erfolgen an die jeweiligen Projektpartnerorganisationen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 499/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 499/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten sind 2027 im Zusammenhang mit Außerlandesbringungen budgetiert?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Zusammenhang mit Außerlandesbringungen sind im Jahr 2027 Budgetmittel im Detailbudget 18.01.02.00 „Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Rückkehr“ in der Höhe von rd. 6,3 Mio. EUR budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 500/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 500/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten sind 2028 im Zusammenhang mit Außerlandesbringungen budgetiert?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Zusammenhang mit Außerlandesbringungen sind im Jahr 2028 Budgetmittel im Detailbudget 18.01.02.00 „Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Rückkehr“ in der Höhe von rd. 6,2 Mio. EUR budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 501/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 501/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten sind 2027 im Zusammenhang mit der freiwilligen Rückkehr budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für 2027 sind rd. 2,5 Mio. EUR im Zusammenhang mit der freiwilligen Rückkehr budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 502/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 502/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten sind 2028 im Zusammenhang mit der freiwilligen Rückkehr budgetiert?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für 2028 sind rd. 2,4 Mio. EUR im Zusammenhang mit der freiwilligen Rückkehr budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 503/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 503/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie stellt sich 2026 die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten bis zur Abschiebung dar?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Jahr 2025 betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer in erster Instanz für Personen aus sicheren Herkunftsstaaten 36 Tage. Daten für 2026 liegen noch nicht vor.

Eine Auswertung der generellen Aufenthaltsdauer bis zur Abschiebung ist statistisch nicht möglich.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 504/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 504/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie stellte sich im Jahr 2025 die Anzahl an Außerlandesbringungen im Detail dar, aufgegliedert nach den jeweiligen Nationalitäten und Zieldestinationen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die statistische Erfassung von Außerlandesbringungen erfolgt entsprechend der Nationalitäten rückgeführter Personen und nicht nach den Zieldestinationen.

Freiwillige Ausreisen sind in jedem Verfahrensstadium möglich und können bei Vorliegen der Voraussetzungen unterstützt werden. Kommt die Person der Verpflichtung zur Ausreise nicht nach Eigenem nach, wird seitens des zuständigen Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) die Abschiebung vorbereitet.

Außerlandesbringungen 2025

Nationalität	Zwangsweise	davon Abschiebungen	davon Dublin	Freiwillig	Gesamt
Slowakei	1.660	1.660	0	171	1.831
Türkei	411	325	86	1.326	1.737
Ungarn	1.021	1.021	0	130	1.151
Rumänien	623	623	0	326	949
Syrien	120	41	79	808	928
Serbien	284	280	4	513	797
Indien	69	51	18	423	492
Polen	368	368	0	51	419
Georgien	126	97	29	225	351
Albanien	53	51	2	243	296
Tschechische Republik	212	212	0	56	268
Russische Föderation	71	22	49	187	258
China Volksrepublik	35	23	12	216	251
Nigeria	135	117	18	102	237
Bulgarien	160	160	0	62	222
Ukraine	21	0	21	189	210
Algerien	172	59	113	37	209
Afghanistan	170	50	120	32	202
Marokko	135	47	88	60	195
Bosnien-Herzegowina	53	53	0	128	181
Top 20	5.899	5.260	639	5.285	11.184
Rest	928	619	309	2.212	3.140
Gesamt	6.827	5.879	948	7.497	14.324

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 505/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 505/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie stellt sich heuer die Anzahl an Außerlandesbringungen im Detail dar, aufgegliedert nach den jeweiligen Nationalitäten und Zieldestinationen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die statistische Erfassung von Außerlandesbringungen erfolgt entsprechend der Nationalitäten rückgeführter Personen und nicht nach den Zieldestinationen.

Freiwillige Ausreisen sind in jedem Verfahrensstadium möglich und können bei Vorliegen der Voraussetzungen unterstützt werden. Kommt die Person der Verpflichtung zur Ausreise nicht nach Eigenem nach, wird seitens des zuständigen Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) die Abschiebung vorbereitet.

Außerlandesbringungen Jänner bis Mai 2026

Nationalität	Zwangsweise	davon Abschiebungen	davon Dublin	Freiwillig	Gesamt
Slowakei	859	858	1	54	913
Ungarn	597	597	0	45	642
Türkei	154	129	25	386	540
Syrien	18	12	6	457	475
Rumänien	246	246	0	97	343
Serbien	115	114	1	204	319
Indien	42	29	13	181	223
Polen	169	169	0	14	183
Tschechische Republik	117	117	0	21	138
Afghanistan	82	37	45	43	125
Moldau	40	28	12	81	121
Russische Föderation	40	5	35	75	115
Nigeria	57	50	7	54	111
China Volksrepublik	12	8	4	94	106
Bulgarien	77	77	0	16	93
Georgien	41	36	5	48	89
Albanien	30	30	0	55	85
Ukraine	11	1	10	59	70
Usbekistan	3	3	0	65	68
Kosovo	14	14	0	53	67
Top 20	2.724	2.560	164	2.102	4.826
Rest	445	274	171	747	1.192
Gesamt	3.169	2.834	335	2.849	6.018

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 506/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 506/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten entstanden dem österreichischen Steuerzahler bisher durch den Familiennachzug von Asylberechtigten bzw. subsidiär Schutzberechtigten?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Soweit Kosten für Verfahren vor dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl im Zusammenhang mit Familiennachzug gemäß Asylgesetz 2025 anfallen, können diese nicht separat von anderen Verfahren ausgewertet werden.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 507/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 507/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie hoch sind die für 2027 budgetierten Kosten für den Familiennachzug von Asylberechtigten bzw. subsidiär Schutzberechtigten?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Mit Inkrafttreten des Asyl- und Migrationspakts werden Verfahren im Zusammenhang mit Familiennachzug durch das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl nicht länger gemäß Asylgesetz 2025, sondern gemäß Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz vollzogen.

Kosten für diese Verfahren können nicht separat ausgewertet werden. Es erfolgt keine gesonderte Budgetierung.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Werner Herbert hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 508/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 508/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie hoch sind die für 2028 budgetierten Kosten für den Familiennachzug von Asylberechtigten bzw. subsidiär Schutzberechtigten?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Mit Inkrafttreten des Asyl- und Migrationspakts werden Verfahren im Zusammenhang mit Familiennachzug durch das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl nicht länger gemäß Asylgesetz 2025, sondern gemäß Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz vollzogen.

Kosten für diese Verfahren können nicht separat ausgewertet werden. Es erfolgt keine gesonderte Budgetierung.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Alois Kainz hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 509/JBA bis 514/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 509/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche konkreten Mittel wurden im Jahr 2026 bisher für NGOs und Vereine im Zusammenhang mit dem Asyl- und Fremdenwesen ausbezahlt, aufgegliedert auf die einzelnen NGOs bzw. Vereine?“

Frage 510/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welchen Zwecken dienen diese Auszahlungen an NGOs bzw. Vereine jeweils?“

Frage 511/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche konkreten Mittel sind für das Jahr 2027 für NGOs und Vereine im Zusammenhang mit dem Asyl- und Fremdenwesen budgetiert, aufgegliedert auf die einzelnen NGOs bzw. Vereine?“

Frage 512/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welchen Zwecken sollen diese Auszahlungen an NGOs bzw. Vereine im Jahr 2027 jeweils dienen?“

Frage 513/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche konkreten Mittel sind für das Jahr 2028 für NGOs und Vereine im Zusammenhang mit dem Asyl- und Fremdenwesen budgetiert, aufgegliedert auf die einzelnen NGOs bzw. Vereine?“

Frage 514/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welchen Zwecken sollen diese Auszahlungen an NGOs bzw. Vereine im Jahr 2028 jeweils dienen?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Bezeichnung „NGOs“ ist gesetzlich nicht definiert Die Fragestellungen ist daher nicht ausreichend determiniert („NGOs“) und bedarf somit einer Interpretation. Es ist daher nicht möglich, diese Fragen zu „NGOs“ einer Beantwortung zuzuführen.

2026 erfolgte eine Auszahlung an folgenden Verein:

Begünstigter	in €
Hilfswerk International (HWI)	1.379,25

Folgende Ziele wurden mit der angegebenen Auszahlung verfolgt:

Förderung von wirtschaftlichen Perspektiven sowie Bildungsmaßnahmen in Tunesien zur Verringerung illegaler Migration.

Für 2027 und 2028 erfolgt keine konkrete Budgetierung auf dieser Detailebene in Bezug auf Auszahlungen an Vereine.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Alois Kainz hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 515/JBA, 516/JBA und 517/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 515/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel wurden zur Schleppereibekämpfung bisher 2026 aufgewendet?“

Frage 516/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind zur Schleppereibekämpfung 2027 budgetiert?“

Frage 517/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind zur Schleppereibekämpfung 2028 budgetiert?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Diesbezügliche Budgetmittel sind insbesondere in den Detailbudgets der „Landespolizeidirektionen“ 11.02.01.01 bis 11.02.01.09, „Auslandseinsätze“ 11.02.02.00

sowie „Bundeskriminalamt“ 11.02.06.00 mitveranschlagt und nicht gesondert ausgewiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Alois Kainz hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 518/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 518/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie viele Fremde befinden sich zurzeit in den einzelnen Bezirken in Grundversorgung?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Mit Stand 1. Juli 2026 erhalten 45.138 Personen Leistungen aus der Grundversorgung.

Bezirk	Leistungsbezieher
Amstetten	239
Baden	1.033
Bludenz	259
Braunau am Inn	58
Bregenz	366
Bruck an der Leitha	375
Bruck-Mürzzuschlag	493

Deutschlandsberg	145
Dornbirn	376
Eferding	48
Eisenstadt	217
Eisenstadt Umgebung	149
Feldkirch	453
Feldkirchen	232
Freistadt	177
Gänserndorf	285
Gmünd	158
Gmunden	86
Graz	2.273
Graz-Umgebung	721
Grieskirchen	108
Güssing	159
Hallein	77
Hartberg-Fürstenfeld	393
Hermagor	16
Hollabrunn	149
Horn	124
Imst	156
Innsbruck Land	390
Innsbruck	743
Jennersdorf	34
Kirchdorf an der Krems	154
Kitzbühel	183
Klagenfurt Land	105
Klagenfurt	422
Korneuburg	235
Krems	145
Krems Land	95
Kufstein	173
Landeck	15
Leibnitz	309
Leoben	382

Lienz	78
Liezen	89
Lilienfeld	78
Linz	896
Linz Land	243
Mattersburg	138
Melk	177
Mistelbach	563
Mödling	414
Murau	45
Murtal	494
Neunkirchen	392
Neusiedl/See	205
Nicht zugeordnet	478
Oberpullendorf	107
Oberwart	478
Perg	314
Reutte	99
Ried im Innkreis	66
Rohrbach	217
Salzburg	590
Salzburg Umgebung	634
Sankt Johann im Pongau	155
Schärding	81
Scheibbs	104
Schwaz	125
Schwechat	7
Spittal an der Drau	144
St. Veit an der Glan	131
St. Pölten	531
St. Pölten Land	546
Steyr	122
Steyr Land	190
Südoststeiermark	390
Tamsweg	129

Tulln	335
Urfahr Umgebung	227
Villach Land	83
Villach	321
Vöcklabruck	342
Voitsberg	294
Völkermarkt	123
Waidhofen an der Thaya	103
Waidhofen an der Ybbs	79
Weiz	259
Wels	175
Wels-Land	78
Wien	19.487
Wiener Neustadt	323
Wiener Neustadt Land	185
Wolfsberg	115
Zell am See	348
Zwettl	101

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 519/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 519/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostete im Jahr 2025 im Durchschnitt ein Asylwerber pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für die Unterbringung und Versorgung in Bundes- und Länderbetreuung fielen im Jahr 2025 insgesamt durchschnittliche Kosten in der Höhe von rund 26,50 EUR/Tag an, darunter 17,10 EUR für den Bund. Eine Aufgliederung nach einzelnen Kostenpunkten ist aufgrund des übermäßig hohen Verwaltungsaufwandes nicht möglich.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 520/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 520/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostet heuer im Durchschnitt ein Asylwerber pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Abrechnung der Länder mit dem Bund erfolgt 2 Quartale im Nachhinein und sind daher diese Daten noch nicht verfügbar.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 521/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 521/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten entstanden insgesamt im Jahr 2025 aufgrund von Unterstützungsleistungen für Asylwerber (inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

2025 wurden insgesamt 485,295 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen für Grundversorgte ausgegeben. Diese Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Asylwerber heruntergebrochen werden. Daher beziehen sich die Kostenpositionen auf alle Zielgruppen an Grundversorgten.

Ausgabenbereich	vErfolg 2025 in Mio EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	74,105
Länderbetreuung	397,772
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,525
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	0,751
Rückkehrberatung	8,486
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	0,603
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	1,555
Gesamt	485,295

vErfolg = vorläufiger Erfolg

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 522/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 522/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von Asylwerbern, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2027, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2027 sind 341,303 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Asylwerber heruntergebrochen werden.

Ausgabenbereich in	BVAE 2027
	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	67,900
Länderbetreuung	260,000
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung	8,915
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	341,303

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 523/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 523/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von Asylwerbern, aufgliedert nach einzelnen Ausgaben für 2028, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2028 sind 214,110 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Asylwerber heruntergebrochen werden.

	BVAE 2028
Ausgabenbereich	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	65,600
Länderbetreuung	134,907
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung	9,115
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	214,110

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 524/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 524/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostete im Jahr 2025 im Durchschnitt ein Asylberechtigter pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Asylberechtigte sind nach Zuerkennung des Asylstatus längstens 4 Monate in Grundversorgung (Länderbetreuung). Für die Unterbringung und Versorgung in Länderbetreuung fielen im Jahr 2025 insgesamt durchschnittliche Kosten in der Höhe von rund 24,57 EUR/Tag an, darunter 14,75 EUR für den Bund. Eine Aufgliederung nach einzelnen Kostenpunkten ist aufgrund des übermäßig hohen Verwaltungsaufwandes nicht möglich.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 525/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 525/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostet heuer im Durchschnitt ein Asylberechtigter pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Abrechnung der Länder mit dem Bund erfolgt 2 Quartale im Nachhinein und sind daher diese Daten noch nicht verfügbar.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 526/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 526/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten entstanden insgesamt im Jahr 2025 aufgrund von Unterstützungsleistungen für Asylberechtigte (inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

2025 wurden insgesamt 485,295 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen für Grundversorgte ausgegeben. Diese Kosten umfassen daher alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Asylberechtigten heruntergebrochen werden. Asylberechtigte können nach Zuerkennung des Asylstatus längstens 4 Monate Grundversorgung beziehen und sind somit eine der Zielgruppen.

Ausgabenbereich	vErfolg 2025 in Mio EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	74,105
Länderbetreuung	397,772
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,525
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	0,751
Rückkehrberatung	8,486
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	0,603
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	1,555
Gesamt	485,295

vErfolg = vorläufiger Erfolg

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 527/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 527/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von Asylberechtigten, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2027, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2027 sind 341,303 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe heruntergebrochen werden. Asylberechtigte können nach Zuerkennung des Asylstatus längstens 4 Monate Grundversorgung beziehen und sind somit in diesem Zeitraum eine der Zielgruppen.

Ausgabenbereich in	BVAE 2027
	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	67,900
Länderbetreuung	260,000
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung	8,915
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	341,303

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 528/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 528/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von Asylberechtigten, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2028, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2028 sind 214,110 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Asylberechtigten heruntergebrochen werden. Asylberechtigte können nach Zuerkennung des Asylstatus längstens 4 Monate Grundversorgung beziehen und sind somit in diesem Zeitraum eine der Zielgruppen.

	BVAE 2028
Ausgabenbereich in	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	65,600
Länderbetreuung	134,907
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung inkl. EU Mittel	9,115
Rechtsberatung 1. Instanz; ab 2026 Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	214,11

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 529/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 529/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie hoch waren im Jahr 2025 die durchschnittlichen Leistungskosten des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl je Verfahren über internationalen Schutz in 1. Instanz pro Asylwerber?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Leistungskosten des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl je Verfahren über internationalen Schutz in 1. Instanz betragen 2025 durchschnittlich 1.423 EUR.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 530/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 530/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie hoch sind heuer die durchschnittlichen Leistungskosten des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl je Verfahren über internationalen Schutz in 1. Instanz pro Asylwerber?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Diese Daten liegen derzeit noch nicht vor.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 531/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 531/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie stellt sich die durchschnittliche Anzahl der Versorgungstage von Personen in Grundversorgung mit dem Status „Asylverfahren in 1. Instanz offen“ dar?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

2025 betrug die durchschnittliche Anzahl der Versorgungstage von Personen in Grundversorgung mit dem Status "Asylverfahren in 1. Instanz offen" 396 Tage.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 532/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 532/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: *„Welche Dolmetschkosten entstanden im Laufe des Jahres 2025 für Ihr Ressort?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Jahr 2025 sind in der Untergliederung 18 „Fremdenwesen“ rd. 4,7 Mio. EUR an Entschädigungszahlungen nach dem Gebührenanspruchsgesetz entstanden.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 533/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 533/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: *„Welche detaillierten Mittel sind für Dolmetschkosten 2027 budgetiert*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Jahr 2027 sind in der Untergliederung 18 „Fremdenwesen“ 5,3 Mio. EUR für Entschädigungen nach dem Gebührenanspruchsgesetz budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 534/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 534/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche detaillierten Mittel sind für Dolmetschkosten 2028 budgetiert?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Jahr 2028 sind in der Untergliederung 18 „Fremdenwesen“ 5,3 Mio. EUR für Entschädigungen nach dem Gebührenanspruchsgesetz budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 535/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 535/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie hoch sind die budgetären Belastungen in Ihrem Ressort aufgrund der anhaltenden illegalen Zuwanderung im Jahr 2027, konkret aufgegliedert auf die einzelnen Budgetposten?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Der Begriff illegale Zuwanderung ist im Bereich Fremdenwesen (Untergliederung 18) nicht vorhanden.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 536/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 536/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie hoch sind die budgetären Belastungen in Ihrem Ressort aufgrund der anhaltenden illegalen Zuwanderung im Jahr 2028, konkret aufgegliedert auf die einzelnen Budgetposten?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Der Begriff illegale Zuwanderung ist im Bereich Fremdenwesen (Untergliederung 18) nicht vorhanden.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 537/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 537/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit direkten und indirekten Unterstützungsleistungen, Förderungen und Beihilfen für Fremde, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2027, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

An Unterstützungsleistungen für Fremde (inkl. Vertriebene) sind 333,915 Mio. EUR budgetiert, an Förderungen und Beihilfen 10,425 Mio. EUR.

BVAE2027	
in Mio EUR	direkte Geldleistung
0,480	Taschengeld (Teil des BBU Transfer)
1,240	Rückkehrhilfen und Zehngelder
0,500	Reintegrationsgelder
	indirekt (Sachleistungen an Fremde)
1,126	Sozialversicherung (Teil des BBU Transfers)
327,878	Unterbringung und Betreuung (Bund und Länder)
1,451	Psychotherapie
1,240	Freiwillige Rückkehr- Transport, Heimreisezertifikate
333,915	Insgesamt
	Förderungen und Beihilfen
0,500	Reintegrationsprojekte
1,010	Rechtsberatung 1.Instanz, Rechtsauskunft
8,915	Rückkehrberatung (inkl. EU-Mittel)
10,425	Insgesamt

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Markus Leinfellner hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 538/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 538/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit direkten und indirekten Unterstützungsleistungen, Förderungen und Beihilfen für Fremde, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2028, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

An Unterstützungsleistungen für Fremde (inkl. Vertriebene) sind 206,482 Mio. EUR budgetiert, an Förderungen und Beihilfen 10,625 Mio. EUR.

BVAE2028	
in Mio EUR	direkte Geldleistung
0,480	Taschengeld (Teil des BBU Transfer)
1,140	Rückkehrhilfen und Zehrgelder
0,500	Reintegrationsgelder
	indirekt (Sachleistungen an Fremde)
1,160	Sozialversicherung (Teil des BBU Transfers)
200,511	Unterbringung und Betreuung (Bund und Länder)
1,451	Psychotherapie
1,240	Freiwillige Rückkehr- Transport, Heimreisezertifikate
206,482	Insgesamt
	Förderungen und Beihilfen
0,500	Reintegrationsprojekte
1,010	Rechtsberatung 1.Instanz, Rechtsauskunft
9,115	Rückkehrberatung (inkl. EU-Mittel)
10,625	Insgesamt

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 539/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 539/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostete im Jahr 2025 im Durchschnitt ein geduldeter Migrant pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Diese Zielgruppe ist fast ausschließlich in Länderbetreuung. Für die Unterbringung und Versorgung in Länderbetreuung fielen im Jahr 2025 insgesamt durchschnittliche Kosten in der Höhe von rund 24,57 EUR/Tag an, darunter 14,75 EUR für den Bund. Eine Aufgliederung nach einzelnen Kostenpunkten ist aufgrund des übermäßig hohen Verwaltungsaufwandes nicht möglich.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 540/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 540/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostet heuer im Durchschnitt ein geduldeter Migrant pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Abrechnung der Länder mit dem Bund erfolgt 2 Quartale im Nachhinein und sind daher diese Daten noch nicht verfügbar.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 541/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 541/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten entstanden insgesamt im Jahr 2025 aufgrund von Unterstützungsleistungen für geduldete Migranten (inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc.), aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

2025 wurden insgesamt 485,295 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen für Grundversorgte ausgegeben. Diese Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Asylwerber heruntergebrochen werden. Demgemäß beziehen sich die Kostenpositionen auf alle Zielgruppen an Grundversorgten.

Ausgabenbereich	vErfolg 2025 in Mio EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	74,105
Länderbetreuung	397,772
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,525
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	0,751
Rückkehrberatung	8,486
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	0,603
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	1,555
Gesamt	485,295

vErfolg = vorläufiger Erfolg

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 542/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 542/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von geduldeten Migranten, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2027, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2027 sind 341,303 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Geduldeten heruntergebrochen werden.

Ausgabenbereich in	BVAE 2027
	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	67,900
Länderbetreuung	260,000
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung	8,915
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	341,303

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 543/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 543/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von geduldeten Migranten, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2028, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2028 sind 214,110 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Geduldeten heruntergebrochen werden.

	BVAE 2028
Ausgabenbereich in	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	65,600
Länderbetreuung	134,907
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung inkl. EU Mittel	9,115
Rechtsberatung 1. Instanz; ab 2026 Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	214,11

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 544/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 544/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostete im Jahr 2025 im Durchschnitt ein Vertriebener pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für die Unterbringung und Versorgung von Vertriebenen in Länderbetreuung fielen im Jahr 2025 insgesamt durchschnittliche Kosten in der Höhe von rund 19,55 EUR/Tag an, darunter 11,73 EUR für den Bund. Eine Aufgliederung nach einzelnen Kostenpunkten ist aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands nicht möglich.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 545/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 545/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostet heuer im Durchschnitt ein Vertriebener pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Abrechnung der Länder mit dem Bund erfolgt 2 Quartale im Nachhinein und sind diese Daten daher noch nicht verfügbar.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 546/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 546/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten entstanden insgesamt seit dem Jahr 2022 aufgrund von Unterstützungsleistungen für Vertriebene aus der Ukraine (inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc.), aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte sowie nach Bund- und Länderanteil?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Mit Stichtag 02.06.2026 wurden für Ukraine-Hilfsmaßnahmen bisher 781,5 Mio. EUR ausbezahlt. Die Darstellung nach Kostenpunkten für den Bund stellt sich wie folgt dar:

Auszahlungen	2022 bis 2.6.2026
	Mio. EUR
Länderbetreuung 2022-2025	649,8
BBU-Betreuung/Rechtsberatung/Hotline	6,6
Erstversorgungspauschalen 03/22-04/25	26,0
Aufenthaltstitel/Gebühren/Post	12,5

Auszahlungen	2022 bis 2.6.2026
Krankenversicherung 03/22-07/25	79,7
Ärztliche Versorgung/Dolmetsch	1,5
Hilfsgüter, Transporte	2,9
Personalkosten	1,8
EDV, Büromittel, sonstiges	0,7
Insgesamt	781,5

Der Länderanteil für Grundversorgung/Länderbetreuung beläuft sich in diesem Zeitraum auf 433,2 Mio. EUR (Bund-Länder-Teilung: 60:40).

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 547/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 547/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von Vertriebenen, aufgliedert nach einzelnen Ausgaben für 2027, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2027 sind 341,303 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der Vertriebenen heruntergebrochen werden.

	BVAE 2027
Ausgabenbereich in	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	67,900
Länderbetreuung	260,000
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung	8,915
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	341,303

Im BVAE 2027 sind bei durchschnittlich 27.000 Vertriebenen im Verrechnungszeitraum (3. Qu 2026 bis 2. Qu. 2027) rund 120 Mio. EUR zu veranschlagen, darunter 118 Mio. EUR für Grundversorgung. Der Status der Vertriebenen ist derzeit vorläufig bis 04.03.2027 befristet.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 548/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 548/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von Vertriebenen, aufgliedert nach einzelnen Ausgaben für 2028, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Der Status der Vertriebenen ist derzeit vorläufig bis 04.03.2027 befristet. Erfolgt seitens der Europäischen Union eine Verlängerung des Vertriebenenstatus, kann für die vorgesehene Ermächtigung für das Jahr 2028 in Höhe von bis zu 115 Mio. EUR an das Bundesministerium für Finanzen herangetreten werden, um diese abrufen zu können.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 549/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 549/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostete im Jahr 2025 im Durchschnitt ein subsidiär Schutzberechtigter pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Subsidiär Schutzberechtigte sind ausschließlich in Länderbetreuung. Für die Unterbringung und Versorgung in Länderbetreuung fielen im Jahr 2025 insgesamt durchschnittliche Kosten in der Höhe von rund 24,57 EUR/Tag an, darunter 14,75 EUR für den Bund. Eine Aufgliederung nach einzelnen Kostenpunkten ist aufgrund des übermäßig hohen Verwaltungsaufwandes nicht möglich.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 550/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 550/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Was kostet heuer im Durchschnitt ein subsidiär Schutzberechtigter pro Tag inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc., aufgliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Abrechnung der Länder mit dem Bund erfolgt 2 Quartale im Nachhinein und sind diese Daten daher noch nicht verfügbar.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 551/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 551/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Kosten entstanden insgesamt im Jahr 2025 aufgrund von Unterstützungsleistungen für subsidiär Schutzberechtigte (inkl. Unterbringung, Versorgung, Verfahren, Betreuung, med. Behandlung, Transporte, Taschengeld, sonstiger Subventionen, etc.), aufgegliedert auf die jeweiligen Kostenpunkte?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

2025 wurden insgesamt 485,295 Mio. EUR für direkte Unterstützungsleistungen für Grundversorgte ausgegeben. Diese Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der subsidiär Schutzberechtigten heruntergebrochen werden. Demgemäß beziehen sich die Kostenpositionen auf alle Zielgruppen an Grundversorgten.

Ausgabenbereich	vErfolg 2025 in Mio EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	74,105
Länderbetreuung	397,772
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,525
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	0,751
Rückkehrberatung	8,486
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	0,603
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	1,555
Gesamt	485,295

vErfolg = vorläufiger Erfolg

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 552/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 552/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von subsidiär Schutzberechtigten, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2027, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2027 sind 341,303 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der subsidiär Schutzberechtigten heruntergebrochen werden.

Ausgabenbereich in	BVAE 2027
	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	67,900
Länderbetreuung	260,000
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung	8,915
Rechtsberatung in 1. Instanz, Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	341,303

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 553/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 553/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind in Ihrem Ressort für Ausgaben im weiteren Zusammenhang mit der Unterstützung von subsidiär Schutzberechtigten, aufgegliedert nach einzelnen Ausgaben für 2028, budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Bundesvoranschlag 2028 sind 214,110 Mio. EUR für Unterstützungsleistungen im weiteren Zusammenhang vorgesehen. Die Kosten umfassen alle Gruppen und können nicht weiter auf die Zielgruppe der subsidiär Schutzberechtigten heruntergebrochen werden.

	BVAE 2028
Ausgabenbereich in	Mio. EUR
Bundesbetreuung (BBU GMBH)	65,600
Länderbetreuung	134,907
Rückkehrhilfen und Zehrgelder	1,240
Freiwillige Rückkehr-Transport, Heimreisezertifikate	1,240
Rückkehrberatung inkl. EU Mittel	9,115
Rechtsberatung 1. Instanz; ab 2026 Rechtsauskunft	1,010
Psychotherapie (nationale Mittel)	0,498
Reintegration	0,500
Gesamt	214,11

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 554/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 554/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind für das Jahr 2027 für die psychologische und psychotherapeutische Betreuung von Asylwerbern, Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten, geduldeten Migranten bzw. Vertriebenen budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für das Jahr 2027 wurden Mittel für psychologische und psychotherapeutische Betreuung von Asylwerbern, Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten, geduldeten Migranten bzw. Vertriebenen nationale Mittel in der Höhe von 0,498 Mio. EUR (exkl. EU-Mittel) budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 555/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 555/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Mittel sind für das Jahr 2028 für die psychologische und psychotherapeutische Betreuung von Asylwerbern, Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten, geduldeten Migranten bzw. Vertriebenen budgetiert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für das Jahr 2028 wurden Mittel für psychologische und psychotherapeutische Betreuung von Asylwerbern, Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten, geduldeten Migranten bzw. Vertriebenen nationale Mittel in der Höhe von 0,498 Mio. EUR (exkl. EU-Mittel) budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 556/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 556/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „In welcher Höhe haben Sie in Ihrem Ressort im Jahr 2025 Einsparungen bei Kostenpunkten vorgenommen, welche durch die anhaltende illegale Zuwanderung verursacht wurden?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Maßgeblich für Einsparung sind insbesondere die Reduktion der Anzahl der in Bundes- und Länderbetreuung zu versorgenden Personen.

2025 konnten in der UG 18 „Fremdenwesen“ im Detailbudget 18.01.01.00 Mittel iHv 47 Mio. EUR eingespart werden, die zur Akontierung der Länderbetreuung und budgetären Entlastung für das Folgejahr verwendet wurden.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 557/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 557/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „In welcher Höhe planen Sie in Ihrem Ressort im Jahr 2027 Einsparungen bei den Ausgaben, welche die anhaltende illegale Zuwanderung nach sich zieht?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Maßgeblich für mögliche Einsparung sind insbesondere die Reduktion der Anzahl der in Bundes- und Länderbetreuung zu versorgenden Personen.

Einsparungen sind im Bundesfinanzrahmen in Höhe von 27,897 Mio. EUR für 2027 vorgesehen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 558/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 558/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „In welcher Höhe planen Sie in Ihrem Ressort im Jahr 2028 Einsparungen bei den Ausgaben, welche die anhaltende illegale Zuwanderung nach sich zieht?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Maßgeblich für mögliche Einsparung sind insbesondere die Reduktion der Anzahl der in Bundes- und Länderbetreuung zu versorgenden Personen.

Einsparungen sind im Bundesfinanzrahmen in Höhe von 44,916 Mio. EUR für 2028 vorgesehen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 559/JBA und 560/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 559/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten organisatorischen oder strukturellen Maßnahmen in der Vollziehung des Gewaltschutzes führen dazu, dass die veranschlagten Mittel für die Auftragsverträge der Beratungsstellen für Gewaltprävention im BVA-E 2027 und 2028 um rund 2,8 Mio. EUR geringer dotiert sind als im BVA 2026?“*

Frage 560/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten Projekte, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder behördlichen Einheiten sind von den budgetären Kürzungen im Detailbudget für Gewaltschutz und Gleichstellung betroffen?“*

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Veranschlagung der diesbezüglichen Budgetmittel im Detailbudget 11.02.06.00 „Bundeskriminalamt“ erfolgte im Hinblick auf die zum Zeitpunkt der Budgetplanung aktuelle Bedarfsprognose, die unter der Annahme der Beibehaltung der Maßnahmen getroffen wurde. Sollten wider Erwarten höhere Kosten in diesem Zusammenhang anfallen, werden diese durch entsprechende Prioritätensetzung im laufenden Budgetvollzug bedeckt werden.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 561/JBA und 562/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 561/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Welche konkreten Maßnahmen, Infrastrukturen und Personalressourcen sollen mit den steigenden Mitteln für die Gewaltambulanzen finanziert werden?“*

Frage 562/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: *„Bis zu welchem genauen Zeitpunkt wird es einen lückenlosen, flächendeckenden Ausbau dieser Ambulanzen in ganz Österreich geben?“*

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Förderungsverträge für Gewaltambulanzen nach dem Gewaltambulanzenförderungsgesetz BGBl. Nr. 79/2024 wurden mit den beiden Förderungsnehmern (gerichtsmedizinische Institute in Wien und Graz) und den vier beteiligten Ressorts (Bundesministerium für Justiz, Bundesministerium für Inneres, Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,

Pflege und Konsumentenschutz) abgeschlossen. Derzeit läuft eine externe wissenschaftliche Evaluierung der Pilotprojekte zu den Gewaltambulanzen Ost und Süd. Für weitere Schritte muss das Evaluierungsergebnis abgewartet werden. Die Federführung für die Einrichtung von Gewaltambulanzen liegt beim Bundesministerium für Justiz.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 563/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 563/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Auf Basis welcher operativen Kriterien und Bedarfsanalysen wurde im Rahmen der Erstellung des Personalplans für die Budgetjahre 2027 und 2028 festgelegt, die Anzahl der systemisierten Planstellen im Referat für Sexualstraftaten und Kinderpornographie im Bundeskriminalamt ungeachtet des Anstiegs der internationalen Verdachtsmeldungen von rund 6.000 im Jahr 2021 auf 21.830 im Jahr 2025 weiterhin starr auf dem Niveau des Jahres 2018 (5 Planstellen) zu belassen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Personalplan wird für das Detailbudget 11.02.06.00 der qualitative und quantitative Personalrahmen für das gesamte Bundeskriminalamt ausgewiesen, es wird keine Aussage über die Anzahl der Planstellen in den jeweiligen Organisationseinheiten (Abteilungen/Büros/Referate) des Bundeskriminalamts getroffen. Festzuhalten ist, dass die Anzahl der dem Bundeskriminalamt zugewiesenen Planstellen in den letzten Jahren stabil gehalten werden konnte.

Im Bereich des Referates II/BK/3.2.7 (Sexualstraftaten und Kinderpornografie) wird einerseits auf eine verstärkte IT-Unterstützung zurückgegriffen, wodurch die Arbeitsabläufe effizienter gestaltet werden können. Andererseits wurde die interne Zusammenarbeit (unter anderem auch im Präventions- und Cyber-Crime-Bereich oder mit anderen BMI-Organisationseinheiten) ausgebaut, sodass weitere Bedienstete aus anderen Organisationseinheiten das Referat II/BK/3.2.7 unterstützen. Zu beachten ist weiters, dass nicht jede Verdachtsmeldung zwingend zu einer Anzeige führt. So wurden im Jahr 2018 1.161 Anzeigen gemäß § 207a StGB (pornografische Darstellungen Minderjähriger) erstattet, von denen 1.037 aufgeklärt werden konnten und im Jahr 2025 1.293, von denen 1.151 aufgeklärt wurden. Diese hohe Aufklärungsquote basiert neben der ausgezeichneten Kooperation zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft auch auf der Sorgfalt der Beweiserhebungen sowie der Qualität der Ermittlungen im Bundeskriminalamt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass als operative Kriterien für Personalplanungen insbesondere die Effizienz des Ressourceneinsatzes, Kooperationen, Aufklärungsquote sowie Ermittlungsqualität und -synergien herangezogen werden, die Personalbedarfe regelmäßig evaluiert werden und deren Ergebnisse unter Berücksichtigung neuer Kriminalitätsphänomene entsprechend in weitere Planungen einfließen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 564/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 564/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten finanziellen Mittel sind im BVA-E 2027 und 2028 für den Ausbau ressorteigener Kinderbetreuungsangebote oder für Kooperationen mit externen Betreuungseinrichtungen vorgesehen, um die im neuen Dienstzeitmodell angestrebte Familienfreundlichkeit und Vereinbarkeit für Polizistinnen und Polizisten operativ zu realisieren?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Diese finanziellen Mittel sind nicht gesondert budgetiert.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 565/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 565/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten Finanzmittel sind im Rahmen der geplanten Investitionssteigerungen für Schutzausrüstung explizit für den Ankauf und die technische Erprobung von Systemen zur Detektion und Abwehr feindlicher Drohnen (Anti-Drohnen-Systeme) reserviert?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Budgetmittel für den Ankauf von Schutzausrüstung sowie für Drohnenabwehrsysteme sind nicht gesondert budgetiert, sondern in den jeweils betroffenen Detailbudgets, insbesondere der „Landespolizeidirektionen“ 11.02.01.01 bis 11.02.01.09, der „DSE/EKO Cobra“ 11.02.03.00 sowie „Zentrale Sicherheitsaufgaben“ 11.02.08.00 mitveranschlagt.

Konkrete Beschaffungen im Bereich der Drohnenabwehr sind insbesondere abhängig vom Ergebnis einer diesbezüglich eingerichteten interministeriellen Arbeitsgruppe „gesamtstaatliche Drohnenabwehr“, und werden unter der Berücksichtigung einer entsprechenden Prioritätensetzung sukzessive umgesetzt.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 566/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 566/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie hoch beziffern sich die im BVA-E 2028 veranschlagten Gesamtauszahlungen für die Schaltung von Inseraten, Werbeanzeigen und den Abschluss von Medienkooperationen des Bundesministeriums für Inneres im direkten Vergleich zu den Vorjahren?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 11 „Inneres“ wurden beim Detailbudget 11.01.01.00 „Zentralstelle“ für die Jahre 2025, 2027 und 2028 jeweils Budgetmittel in Höhe von 2,500 Mio. EUR für Medienkooperationen sowie 0,500 Mio. EUR für Werbemittel budgetiert, während für das Jahr 2026 die Mittel für Medienkooperationen 1,500 Mio. EUR und für Werbemittel 0,500 Mio. EUR betragen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 567/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 567/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten finanziellen Mittel sind im betrieblichen Sachaufwand des Detailbudgets 11.03.06 explizit für die Umsetzung und Evaluierung der Maßnahmen des Nationalen Anti-Korruptionsplans (NAP) zweckgewidmet?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Etwaig anfallende Kosten für die Umsetzung und Evaluierung der Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans zur Nationalen Anti-Korruptionsstrategie (NAP) sind im betrieblichen Sachaufwand des Detailbudgets 11.03.06.00 mitveranschlagt und nicht gesondert ausgewiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 568/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 568/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie hoch beziffern sich die veranschlagten Investitionen und baulichen Sachaufwände für den barrierefreien Umbau und die behindertengerechte Ausstattung von Polizeiinspektionen und Landespolizeidirektionen zur Verbesserung des Zugangs für Menschen mit Behinderung?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben nach dem Bundes-Behinderten-Gleichstellungsgesetz (BBGStG) bzw. Leitlinien für Barrierefreiheit des BMI wird bei allen Vorhaben nach strategischer Beurteilung durch den Bedarfsträger im entsprechenden Umfang (Neuanmietungen, (General-) Sanierungen und Erweiterungen) bedacht und nach entsprechender Prioritätenreihung umgesetzt.

Die dafür erforderlichen Budgetmittel sind in den jeweils betroffenen Detailbudgets der „Landespolizeidirektionen“ 11.02.01.01 bis 11.02.01.09 mitveranschlagt und nicht gesondert ausgewiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 569/JBA und 570/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 569/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie hoch beziffert sich der im betrieblichen Sachaufwand des Bundeskriminalamts für die Budgetjahre 2027 zweckgewidmete Finanzaufwand für den Ankauf und die Lizenzierung spezialisierter KI- sowie Forensik-Software zur Bewältigung der gestiegenen Datenvolumina bei Ermittlungen gegen digitalen Kindesmissbrauch?“

Frage 570/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie viele finanzielle Mittel sind im Personalaufwand des Bundeskriminalamts für die Jahre 2027 explizit für die Anstellung oder Weiterbildung spezialisierter IT-Forensiker:innen zur Aufarbeitung von Verdachtsmeldungen im Bereich der Sexualdelikte zweckgewidmet?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Diesbezügliche Aufwände sind in den Detailbudgets „Bundeskriminalamt“ 11.02.06.00 und „Direktion Digitale Services“ 11.04.04.00 mitveranschlagt und nicht gesondert ausgewiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 571/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 571 /JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten IT- und Cybersicherheitsleistungen sind unter den 2027 steigenden Werkleistungen für eine Auslagerung an externe Unternehmen vorgesehen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Unter den 2027 steigenden Werkleistungen sind keine konkreten IT- und Cybersicherheitsleistungen für eine Auslagerung an externe Unternehmen vorgesehen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Herr Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter den Zahlen 572/JBA und 575/JBA an mich schriftliche Budgetanfragen gerichtet.

Frage 572/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welcher konkrete Anteil der für das neue Bundesamt für Cybersicherheit veranschlagten Gesamtauszahlungen (23 Mio. EUR im Jahr) entfällt auf die laufenden Lizenzkosten neu zu beschaffender KI-Lösungen?“

Frage 575/JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welcher konkrete Anteil der für das neue Bundesamt für Cybersicherheit veranschlagten Gesamtauszahlungen (27 Mio. EUR im Jahr 2028) entfällt auf die laufenden Lizenzkosten neu zu beschaffender KI-Lösungen?“

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Es sind keine Budgetmittel für KI-Lösungen vorgesehen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 573/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 573 /JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welches Budget ist im BVA 2027 für Lizenz-Zahlungen an außereuropäische Konzerne vorgesehen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im BVA 2027 ist ein Budget von 10.000 € für Lizenz-Zahlungen an außereuropäische Konzerne vorgesehen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 574/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 574 /JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welche konkreten IT- und Cybersicherheitsleistungen sind unter den 2028 steigenden Werkleistungen für eine Auslagerung an externe Unternehmen vorgesehen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Es sind keine konkreten IT- und Cybersicherheitsleistungen unter den 2028 steigenden Werkleistungen für eine Auslagerung an externe Unternehmen vorgesehen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 576/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 576 /JBA:

- zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Welches Budget ist im BVA 2028 für Lizenz-Zahlungen an außereuropäische Konzerne vorgesehen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im BVA 2028 ist ein Budget von 10.000 € für Lizenz-Zahlungen an außereuropäische Konzerne vorgesehen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 577/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 577/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Aus welchen spezifischen Detailbudgets und in welcher Gesamthöhe werden die personellen und sachlichen Aufwände für die Evaluierung, Ausarbeitung und finale Implementierung der nationalen Drohnenschutzstrategie des Innenministeriums bedeckt?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Diesbezügliche Budgetmittel sind im Detailbudget der „DSE/EKO Cobra“ 11.02.03.00 mitveranschlagt und nicht gesondert ausgewiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 578/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 578/JBA:

- *zur Untergliederung 11 „Inneres“: „Wie hoch beziffert sich der veranschlagte Sachaufwand für die Neuanschaffung, Modernisierung und Wartung von unbemannten Luftfahrzeugen (Drohnen) im direkten Besitz der Bundespolizei und der Landespolizeidirektionen?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Diesbezügliche Budgetmittel sind in den Detailbudgets der „Landespolizeidirektionen“ 11.02.01.01 bis 11.02.01.09, „Auslandseinsätze“ 11.02.02.00, „DSE/EKO Cobra“ 11.02.03.00 sowie „Zentrale Sicherheitsaufgaben“ 11.02.08.00 mitveranschlagt und nicht gesondert ausgewiesen.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 579/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 579/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie viele Fremde befinden sich zurzeit in den einzelnen Bezirken in Grundversorgung? (Bitte um Aufschlüsselung jeweils nach Bezirk, Altersgruppe, Geschlecht und Aufenthaltsstatus)“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Mit Stand 1. Juli 2026 erhalten 45.138 Personen Leistungen aus der Grundversorgung.

Bezirk	Leistungsbezieher
Amstetten	239
Baden	1.033
Bludenz	259
Braunau am Inn	58
Bregenz	366
Bruck an der Leitha	375
Bruck-Mürzzuschlag	493
Deutschlandsberg	145
Dornbirn	376

Bezirk	Leistungsbezieher
Eferding	48
Eisenstadt	217
Eisenstadt Umgebung	149
Feldkirch	453
Feldkirchen	232
Freistadt	177
Gänserndorf	285
Gmünd	158
Gmunden	86
Graz	2.273
Graz-Umgebung	721
Grieskirchen	108
Güssing	159
Hallein	77
Hartberg-Fürstenfeld	393
Hermagor	16
Hollabrunn	149
Horn	124
Imst	156
Innsbruck Land	390
Innsbruck	743
Jennersdorf	34
Kirchdorf an der Krems	154
Kitzbühel	183
Klagenfurt Land	105
Klagenfurt	422
Korneuburg	235
Krems	145
Krems Land	95
Kufstein	173
Landeck	15
Leibnitz	309
Leoben	382
Lienz	78
Liezen	89
Lilienfeld	78
Linz	896
Linz Land	243
Mattersburg	138
Melk	177
Mistelbach	563
Mödling	414
Murau	45
Murtal	494
Neunkirchen	392
Neusiedl/See	205

Bezirk	Leistungsbezieher
Nicht zugeordnet	478
Oberpullendorf	107
Oberwart	478
Perg	314
Reutte	99
Ried im Innkreis	66
Rohrbach	217
Salzburg	590
Salzburg Umgebung	634
Sankt Johann im Pongau	155
Schärding	81
Scheibbs	104
Schwaz	125
Schwechat	7
Spittal an der Drau	144
St. Veit an der Glan	131
St. Pölten	531
St. Pölten Land	546
Steyr	122
Steyr Land	190
Südoststeiermark	390
Tamsweg	129
Tulln	335
Urfahr Umgebung	227
Villach Land	83
Villach	321
Vöcklabruck	342
Voitsberg	294
Völkermarkt	123
Waidhofen an der Thaya	103
Waidhofen an der Ybbs	79
Weiz	259
Wels	175
Wels-Land	78
Wien	19.487
Wiener Neustadt	323
Wiener Neustadt Land	185
Wolfsberg	115
Zell am See	348
Zwettl	101

Eine darüberhinausgehende Beantwortung dieser Frage kann in Anbetracht des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes nicht erfolgen

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 580/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 580/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie viele Mittel sind für Migrationsprojekte in Drittstaaten bzw. mit Drittstaatsbezug im Jahr 2027 vorgesehen? Bitte um Aufschlüsselung nach Art des Projektes, Kostenstelle, Drittstaaten und durchführende Organisation.“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Detailbudget 18.01.04.00 sind Mittel iHv 22,1 Mio. EUR dafür vorgesehen, davon 14,0 Mio. EUR an zweckgebundenen EU-Mitteln im Rahmen des Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF), 3,0 Mio. EUR an zweckgebundenen EU-Mitteln im Rahmen des Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (BMVI), 4,1 Mio. EUR nationale Ko-Finanzierung, 1,0 Mio. EUR nationale Förderungen.

Derzeit werden folgende Drittstaatsprojekte und Aktivitäten mit Drittstaatsbezug umgesetzt. Die Abrechnung erfolgt nach vertraglichen Vereinbarungen (Ratenzahlungen) sowie nach Projektfortschritt. Die Auszahlungen erfolgen iZm der Umsetzung von Projekten

zu Förderschwerpunkten im Handlungsfeld Asyl, Migration und Rückkehr der Förderstrategie des Bundesministeriums für Inneres.

Art des Projektes:	Projekträger:	Projekttitle:	Drittstaaten:
AMIF 2023-2027	Internationale Organisation für Migration	Restart IV- Operative und qualitative Unterstützung des österreichischen Rückkehr- und Reintegrationssystems	Iran, Somalia/Somaliland, Usbekistan
AMIF 2023-2027	Caritas Österreich	Integriertes Rückkehrmanagement plus III (IRMA plus III)	Weltweit
AMIF 2023-2027	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl	Rückkehrvorbereitung	Weltweit
Nationale Förderungen	Trummer & Novak-Zezula OG, Center for Health and Migration	Capacity Building und Wissensgenerierung in Ostafrika	Ostafrika
BMVI	Behördenprojekt Bundesministerium für Inneres	Einsatz von Dokumentenberatern in Drittstaaten	Thailand (Mitbetreuung: Pakistan, Kambodscha, Philippinen), Indien, Jordanien, Russische Föderation, Ägypten
BMVI	Behördenprojekt Bundesministerium für Inneres	Entsendung von österreichischen Verbindungsbeamten in Drittstaaten	Marokko (Mitbetreuung Mauretanien), Bosnien, Georgien, Jordanien, Serbien, Mazedonien, Russische Föderation, Thailand, Tunesien, Türkei, Ukraine, Kosovo

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 581/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 581/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Auszahlungen sind für die Aufrechterhaltung der Vorhaltekapazität im Rahmen der Grundversorgung des Bundes im Jahr 2027 vorgesehen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für 2027 werden für Vorhaltekapazitäten im Rahmen des Budgets der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen GmbH derzeit rund 6,9 Mio. EUR veranschlagt, welche zu 90 % durch AMIF-Mittel der Europäischen Union kofinanziert sind.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 582/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 582/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Von wie vielen Bundesbetreuten und von wie vielen Länderbetreuten je Bundesland geht die Planungsprämisse für die Grundversorgung für das Jahr 2027 aus?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Planungsprämissen gehen von rund 1.000 Personen in Bundesbetreuung im Jahresdurchschnitt 2027 und rund 47.000 Personen in Länderbetreuung im Verrechnungszeitraum (3. Quartal 2026 bis 2. Quartal 2027) aus.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 583/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 583/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Auszahlungen in welcher Höhe lassen sich 2027 der Umstellung der EDV-Systeme im Rahmen der GEAS-Anpassung zuordnen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für den Ausbau interner IT-Infrastruktur/Interoperabilität iZm der GEAS-Anpassung wird für 2027 mit rd. 7,8 Mio. EUR gerechnet, davon fließen 2,75 Mio. EUR in die UG 11.

Der Großteil – nämlich 6,5 Mio. EUR – werden aus EU-Mitteln finanziert und 1,3 Mio. EUR aus nationalem Budget. Die Planung basiert auf den vereinbarten Ratenzahlungen der einzelnen Projekte.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 584/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 584/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Welche Auszahlungen sind für die Aufrechterhaltung der Vorhaltekapazität im Rahmen der Grundversorgung des Bundes im Jahr 2028 vorgesehen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für 2028 werden für Vorhaltekapazitäten im Rahmen des Budgets der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen GmbH derzeit rund 7,5 Mio. EUR veranschlagt, welche zu 90 % durch AMIF-Mittel der Europäischen Union kofinanziert sind.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 585/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 585/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Auszahlungen in welcher Höhe sind für die Außengrenzeinrichtung am Flughafen Schwechat vorgesehen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für die Errichtung des Grenzterminals am Flughafen Schwechat sind für den Zeitraum 2026-2029 3,834 Mio. EUR vorgesehen, für die Errichtung eines Sondertransits innerhalb der Bundesbetreuungseinrichtung Schwechat sind weitere 1,405 Mio. EUR vorgesehen. Von den insgesamt 5,239 Mio. EUR wird der Großteil, das sind 4,505 Mio. EUR aus EU-Mitteln bedeckt.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 586/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 586/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Auszahlungen in welcher Höhe lassen sich „innovativen Drittstaatslösungen“ zuordnen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Das Wording „Innovative Lösungen“ steht im Zusammenhang mit den Verhandlungen zum neuen „Mehrjährigen Finanzrahmen 2028+“ der Europäischen Kommission. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es gibt daher aktuell noch keine Auszahlungen zu „innovativen Lösungen“.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 587/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 587/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie hoch sind die Gesamtausgaben, die sich 2028 aufgrund der GEAS-Anpassung ergeben?“*

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Ausgaben iZm Investition und Werkleistungen für GEAS-Anpassungen werden weitgehend EU-kofinanziert. Für den Zeitraum 2026-2029 stehen insgesamt 62,1 Mio. EUR an EU-Mitteln zur Verfügung.

Auf das Jahr 2028 entfällt ein Volumen von rund 4,3 Mio. EUR für die Untergliederung 18 „Fremdenwesen“.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Agnes Sirkka Prammer hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 588/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 588/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Von wie vielen Bundesbetreuten und von wie vielen Länderbetreuten je Bundesland geht die Planungsprämisse für die Grundversorgung für das Jahr 2028 aus?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Planungsprämissen gehen von rund 1.000 Personen in Bundesbetreuung im Jahresdurchschnitt 2028 und rund 40.000 Personen in Länderbetreuung im Verrechnungszeitraum (3. Quartal 2027 bis 2. Quartal 2028) aus.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 589/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 589/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie hoch sind die Gesamtausgaben, die sich 2027 aufgrund der GEAS-Anpassung ergeben?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Ausgaben iZm Investition und Werkleistungen für GEAS-Anpassungen werden weitgehend EU-kofinanziert. Für den Zeitraum 2026-2029 stehen insgesamt 62,1 Mio. EUR an EU-Mitteln zur Verfügung.

Auf das Jahr 2027 entfällt ein Volumen von rund 8 Mio. EUR für die Untergliederung 18 „Fremdenwesen“.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 590/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 590/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wieviel haben die Rückführungen nach Afghanistan 2025 im Durchschnitt pro abgeschobenen Afghanen gekostet?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Rückführungen nach Afghanistan 2025 haben im Durchschnitt 9.323,50 EUR pro abgeschobenen Afghanen gekostet.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 591/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 591/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: *„Wieviel haben die Rückführungen nach Syrien 2025 im Durchschnitt pro abgeschobenen Syrer gekostet?“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Rückführungen nach Syrien 2025 haben im Durchschnitt 7.538,57 EUR pro abgeschobenen Syrer gekostet.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 592/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 592/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Die UG 18 soll laut Budgetbericht 0,162 Mio. € zum Konsolidierungsvolumen der Förder-Taskforce im Jahr 2027 beitragen. Welche Förderungen werden konkret um welche Höhe reduziert? (Bitte um Auflistung aller betroffenen Förderungen und die jeweilige Kürzung im Jahr 2027).“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Nationale Fördermittel werden weitgehend reduziert, es werden keine neuen Projekte aus diesem Titel gefördert. 1 Mio. EUR an nationalen Mitteln für Drittstaatsprojekte sind für 2027 vorgesehen, um laufende Projekte ausfinanzieren zu können.

Vielmehr wird ein Schwerpunkt auf die Umsetzung EU-kofinanzierter Projekte gelegt.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 593/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 593/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Die UG 18 soll laut Budgetbericht 0,217 Mio. € zum Konsolidierungsvolumen der Beteiligungs-Taskforce im Jahr 2027 beitragen. Welche Beteiligungen sind von Kürzungen betroffen? (Bitte um Auflistung aller betroffenen Beteiligungen und Höhe der Kürzungen).“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 18 „Fremdenwesen“ ist die Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen GmbH (BBU GmbH) betroffen. Kürzungen in dieser Höhe werden insbesondere im Bereich der Overheadkosten erfolgen und im nächsten Vorhabensbericht entsprechend eingeplant.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 594/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 594/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Auszahlungen in welcher Höhe lassen sich 2028 der Umstellung der EDV-Systeme im Rahmen der GEAS-Anpassung zuordnen?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Für den Ausbau interner IT-Infrastruktur/Interoperabilität iZm der GEAS-Anpassung wird für 2028 mit rd. 2,2 Mio. EUR gerechnet, davon fließen 1 Mio. EUR in die UG11.

Der Großteil – nämlich 1,8 Mio. EUR – wird aus EU-Mitteln finanziert und 0,4 Mio. EUR aus nationalem Budget. Die Planung basiert auf den vereinbarten Ratenzahlungen der einzelnen Projekte.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 595/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 595/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Wie viele Mittel sind für Migrationsprojekte in Drittstaaten bzw. mit Drittstaatsbezug im Jahr 2028 vorgesehen? Bitte um Aufschlüsselung nach Art des Projektes, Kostenstelle, Drittstaaten und durchführende Organisation.“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Im Detailbudget 18.01.04.00 sind Mittel iHv 21,1 Mio. EUR dafür vorgesehen, davon 14 Mio. EUR an zweckgebundenen EU-Mitteln im Rahmen des Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF), 3 Mio. EUR an zweckgebundenen EU-Mitteln im Rahmen des Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (BMVI), 4,1 Mio. EUR nationale Ko-Finanzierung

Derzeit werden folgende Drittstaatsprojekte und Aktivitäten mit Drittstaatsbezug umgesetzt. Die Abrechnung erfolgt nach vertraglichen Vereinbarungen (Ratenzahlungen) sowie nach Projektfortschritt. Die Auszahlungen erfolgen iZm der Umsetzung von Projekten

zu Förderschwerpunkten im Handlungsfeld Asyl, Migration und Rückkehr der Förderstrategie des BMI.

Art des Projektes:	Projektträger:	Projekttitel:	Drittstaaten:
AMIF 2023-2027	Internationale Organisation für Migration	Restart IV- Operative und qualitative Unterstützung des österreichischen Rückkehr- und Reintegrationssystems	Iran, Somalia/Somaliland, Usbekistan
AMIF 2023-2027	Caritas Österreich	Integriertes Rückkehrmanagement plus III (IRMA plus III)	Weltweit
AMIF 2023-2027	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl	Rückkehrvorbereitung	Weltweit
Nationale Förderungen	Trummer & Novak-Zezula OG, Center for Health and Migration	Capacity Building und Wissensgenerierung in Ostafrika	Ostafrika
BMVI	Behördenprojekt Bundesministerium für Inneres	Einsatz von Dokumentenberatern in Drittstaaten	Thailand (Mitbetreuungen: Pakistan, Kambodscha, Philippinen), Indien, Jordanien, Russische Föderation, Ägypten
BMVI	Behördenprojekt Bundesministerium für Inneres	Entsendung von österreichischen Verbindungsbeamten in Drittstaaten	Marokko (Mitbetreuung Mauretanien), Bosnien, Georgien, Jordanien, Serbien, Mazedonien, Russische Föderation, Thailand, Tunesien, Türkiye, Ukraine, Kosovo

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 596/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 596/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Die UG 18 soll laut Budgetbericht 0,291 Mio. € zum Konsolidierungsvolumen der Förder-Taskforce im Jahr 2028 beitragen. Welche Förderungen werden konkret um welche Höhe reduziert? (Bitte um Auflistung aller betroffenen Förderungen und die jeweilige Kürzung im Jahr 2028).“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Nationale Fördermittel werden weitgehend reduziert, es werden keine neuen Projekte aus diesem Titel gefördert. Für 2028 ist kein Budget vorgesehen.

Vielmehr wird ein Schwerpunkt auf die Umsetzung EU-kofinanzierter Projekte gelegt.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 597/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 597/JBA:

- *zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Die UG 18 soll laut Budgetbericht 0,433 Mio. € zum Konsolidierungsvolumen der Beteiligungs-Taskforce im Jahr 2028 beitragen. Welche Beteiligungen sind von Kürzungen betroffen? (Bitte um Auflistung aller betroffenen Beteiligungen und Höhe der Kürzungen).“*

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

In der Untergliederung 18 „Fremdenwesen“ ist die Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen GmbH (BBU GmbH) betroffen. Kürzungen in dieser Höhe werden insbesondere im Bereich der Overheadkosten erfolgen und im nächsten Vorhabensbericht entsprechend eingeplant.

Gerhard Karner

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.540.705

Wien, am 6. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Süleyman Zorba hat am 30. Juni 2026 unter der Zahl 598/JBA an mich eine schriftliche Budgetanfrage gerichtet.

Frage 598/JBA:

- zur Untergliederung 18 „Fremdenwesen“: „Von wie vielen Ukraine-Vertriebenen in der Grundversorgung geht der BVA 2028 in der UG 18 aus?“

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

2028 wird von 20.000 Ukraine-Vertriebenen in der Grundversorgung im Verrechnungszeitraum (3. Quartal 2027 bis 2. Quartal 2028) ausgegangen, falls der Vertriebenenstatus über den 4. März 2027 hinaus verlängert wird.

Gerhard Karner